



Saarfreund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes Saar-Verein!

Nummer 18
2. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 246) erdeten. In Sonderfällen erfolgt die Auslieferung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräßer Str. 44, Fernsprech-Anschluß Amt Lügau 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mr. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mr. 0.20 einschließlich ordentlichen Lieferungsanzahlages.

Berlin

15. Septemb. 1921

Das Verbrechen am Saargebiet.

Seit etwa zehn Wochen befindet sich das Saargebiet in einem Zustand heftigster wirtschaftlicher Erschütterungen. Alle Kreise, die es ehrlich und aufrichtig mit dem Saargebiet meinen, geben sich die erdenklichste Mühe, um dieser wirtschaftlichen Krise beizukommen. Aber alle Maßnahmen und alle Erwägungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, das die Lage des Saargebietes irgendwie in günstigem Sinne beeinflussen könnte.

Das Saargebiet steht nicht zum ersten Male vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten; es hat zu Beginn des Waffenstillstandes ebenfalls eine Zeit wirtschaftlicher Schwankungen und Unsicherheiten durchlebt. Trotzdem unterscheidet sich die Krise vom Frühjahr 1919 von derjenigen von heute in wesentlichen Punkten. Die Ursachen sind in beiden Fällen annähernd die gleichen: die französische Politik! Bald nach der Besetzung des Rheinlandes durch Ententetruppen errichtete das Okkupationskommando eine wirtschaftliche Schranke, die damals bereits die besetzten Gebiete vom unbesetzten Mutterland trennte. Es ist erklärlich, daß das Abschneiden der wirtschaftlichen Fäden störend in das wirtschaftliche Leben der betroffenen Gebiete eingreifen mußte. Von diesen wirtschaftlichen Störungen wurde damals auch das Saargebiet erfaßt. Doch lebte in allen Volkskreisen des Saargebietes die Hoffnung, daß dieser unnatürliche Zustand nur eine vorübergehende Erscheinung sein könnte und daß nach Wiederanknüpfung der normalen Verbindungen auch das normale wirtschaftliche Leben sich wieder einstellen müßte. Mit Unterstützung der deutschen Reichs- und Landesbehörden schien es auch, als sollte diese Hoffnung sich erfüllen. Jedenfalls wurde von diesen Stellen alles versucht, um die besetzten Gebiete mit ihren wirtschaftlichen Quellen und Verbindungen wieder zusammenzubringen. Wenn diese Bestrebungen der deutschen Behörden nicht in vollem Umfang den erhofften Erfolg hatten, so lag die Schuld nicht auf deutscher Seite.

Die Energie, die Tatkraft und das Vorwärtsstreben der saardeutschen Wirtschaftskreise haben einigermaßen die damaligen wirtschaftlichen Erschütterungen ausgeglichen. Leider zeigten sich im Gefolge der französischen Besatzungsbehörden und ihrer Neigungen Erscheinungen, die ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebietes einwirken mußten. Es ist noch in aller Erinnerung, wie unter dem Schutz unter- und übergeordneter Organe des Obersten Militärverwalters des Saargebietes und unter Beteiligung verschiedener — und nicht der unbedeutendsten — Mitglieder dieser französischen Militärverwaltungsbehörden Massen französischer Waren — zum großen Teil solche, die in Frankreich bereits zu den Ladenhütern gehörten — über die lothringisch-saarländische Grenze in das Saargebiet hineingeschoben

wurden. Mit diesen Waren überschwemmte man nicht nur das Saargebiet, sondern betrieb damit einen sehr umfangreichen und einträglichen Handel mit anderen Stapelplätzen des besetzten Gebietes. Die damalige Schleberpolitik französischer und leider auch deutscher Konjunkturgeschäfts-politiker stellte das wirtschaftliche Leben an der Saar auf eine harte Probe. Die auf diesem unrechten Wege eingeführten Waren wurden dem Zugreifen der deutschen Behörden entzogen, die deutschen Geschäftsleute des Saargebietes standen wegen Warenmangel vor der Schließung ihrer Geschäfte, die Steuerkassen der deutschen Behörden blieben leer. Der Versuch einzelner Gemeindeverwaltungen, die ausländischen Schiebersteuerlich zu erfassen, mißlang, da die französische Militärverwaltung hierzu ihre Genehmigung nicht gab.

Dann kam die Frankenspekulation. Durch die Einführung zahlreicher französischer Waren in das völlig ausgehungerte Saargebiet machte sich großer Bedarf an Franken zur Bezahlung der Waren an die französischen Lieferanten bemerkbar. Die damals in Blüte gekommene Frankenspekulation im Saargebiet erschütterte erneut das Wirtschaftsleben an der Saar. Die üppig ins Kraut geschossenen Valutagewinne der deutschen und französischen Nation wird das Saargebiet nicht vergessen.

Die gesamte Bevölkerung des Saargebietes erwartete daher mit Ungeduld die Übernahme der Saarregierung durch die vom Völkerbund bestimmte Kommission. Sie hoffte, daß diese Kommission, vom Völkerbund mit Verwaltungsanweisungen nach dem demokratischen Selbstbestimmungsprinzip in das Saargebiet gesandt, eine sofortige Beseitigung dieser korrupten Zustände durch entsprechende Maßnahmen vornehmen würde. Ging doch die Erbitterung der Bevölkerung gegen diesen unhaltbaren Zustände so weit, daß sie durch ihre politischen Vertreter und durch die Gewerkschaften kategorisch bei dem damaligen Obersten Militärverwalter die Forderung auf umgehende Schließung der lothringisch-saarländischen Grenze verlangten. Dieser ungünstigen Forderung, die durch den Hinweis auf Selbsthilfe der verzweifelten Bevölkerung besonderen Nachdruck erhielt, mußte noch vor Eintreffen der Regierungskommission stattgegeben werden. Die Besprechungen, die bald nach der Übergabe der Saarregierung durch die Völkerbundskommission stattfanden, hatten denn auch zum Ziele, eine gesetzmäßige Regelung der sabotierten Wirtschaftsverhältnisse des Saargebietes herbeizuführen.

Das Verhalten der Saarregierung in der damaligen Krise ließ jedoch erkennen, daß die Saarregierung nur insoweit ein Interesse an der Schaffung geordneter Wirtschaftsverhältnisse hatte, als dieses Interesse zusammenfiel mit den Absichten, die Frankreich mit dem Saargebiet verfolgt. Die einfachste Lösung der kritischen Wirtschaftsfragen wäre die gewesen, daß man die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit dem deutschen Mutterlande wieder restlos aufgenommen und gefestigt hätte. Aber gerade an diese Lösung dachte die Regierungskommission nicht. Sie erblickte ihre Aufgabe vielmehr darin, die gewaltsam unterbundenen wirtschaftlichen Zusammenhänge vollständig zu zerreißen und das Saarwirtschaftsleben nach Westen umzustellen.

Die Wege, die sie zur Erreichung dieses Ziels zu gehen gedachte, sind durch die Tatsachen vollständig bekanntgeworden. Durch das Saarbedenabkommen hat Frankreich die Saargruben auf 15 Jahre zu vollständig freier Verfügung überignet bekommen. Das Wirtschaftsleben an der Saar steht und fällt aber mit der Kohle. Von der Tatsache ausgehend, daß die gesamte Saarindustrie von der Kohle abhängig ist, wurde nur solchen Industrien genügend Kohle zugewiesen, die sich den Wünschen der französischen Annexionisten gefügig zeigten. Damals stand das Saargebiet abermals in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Zahlreiche Betriebe — es sei nur an die Brebacher, an die Neunkirchener Hütte usw. erinnert — standen vor der Schließung ihrer Werke. Die Regierungskommission jedoch verlangte, daß die Betriebe keinerlei Arbeiterschlüsse vornahmen. Sie waren also gezwungen, ihre Arbeiter mit ganz nebensächlichen Arbeiten zu beschäftigen, ihre Produktionsfähigkeit jedoch fast gänzlich einzustellen, da ihnen die Kohle fehlte. Und als man die Unternehmungen hinreichend gefügig gemacht hatte, trat man an sie heran mit dem Verlangen, mindestens 60% französisches Kapital aufzunehmen. Von der Bereitswilligkeit, auf diese Forderung einzugehen, hing die Lieferung genügender Kohlenmengen ab. Es ist bekannt, daß unter dem Zwange dieses furchtbaren Druckes die größte Zahl der saardeutschen Großindustrie mit französischem Kapital überfremdet wurde.

Dann kam der Frankendruck, der einen Markstein am Wege der französischen Annexionspolitik im Saargebiet darstellt. Die französische Bergverwaltung machte hierin den Anfang. Ihr wurden die Wege geebnet durch den Leiter der französischen Propagandastelle für das Saargebiet, Major Richert, der es verstanden hatte, einem Teil der Bergarbeiterorganisationen Führer aufzuzwingen, die die Mitglieder dieser Organisationen davon überzeugen mußten, daß sie durch die Einführung der Frankenlöhne auf den Saargruben erhebliche wirtschaftliche Vorteile hätten. Es darf nicht bestritten werden, daß die Arbeiterschaft sich damals bei der ständig steigenden Teuerung in einer wirtschaftlichen Notlage befand. Ein Teil von ihr fiel der Propaganda für die Frankenlöhne zum Opfer und verlangte ohne innere Anteilnahme für den Franken die französische Währung. Die ihnen versprochenen wirtschaftlichen Vorteile zeigten sich jedoch nur in den ersten Wochen. Der vermehrte Umlauf des Franken im Saargebiet mit seinem höheren Kaufwert bewirkte jedoch ganz automatisch ein langsames Ansteigen der Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfes. So wurde also sehr bald der erzielte Mehrverdienst durch höhere Ausgaben ausgeglichen. Noch ungünstiger waren natürlich die Marktumsfänger daran. Es ist daher nicht verwunderlich, daß trotz der vielen Warnungen vor unbedingt eintretenden Rückschlägen auch in weiteren Kreisen der Arbeiterbevölkerung der Wunsch nach Frankenlöhne laut wurde. Auch hier leisteten die Hintermänner der französischen Propagandastellen wirkungsvolle Arbeit. Der Bergverwaltung folgte unter dem Druck eines Teils der Arbeiterschaft und des französischen Kapitals die Großindustrie. Dass die Regierungskommission bei dieser Propaganda ihre Hände im Spiel hatte, wurde bewiesen, als sie

Lohnforderungen der Eisenbahner damit beantwortete, daß sie erklärte, eine Besserung der Löhne und Gehälter der Eisenbahner in Marktwährung wäre ausgeschlossen. Doch würde sich ihr Einkommen automatisch steigern, wenn sie Frankenlöhne verlangten. Auch diese Machinationen der Saarregierung sind hinreichend bekannt, so daß nur nochmals hier ausdrücklich festgestellt werden kann, daß der Frankenumlau im Saargebiet mit mehr oder weniger starkem Druck der Regierungskommission gefördert wurde.

Die unglaubliche Vergewaltigung des Volkswillens der Saarbevölkerung hat die Regierungskommission sich in diesen Tagen bei der Behandlung der Gehaltsforderungen der Kommunalbeamten geleistet. Angeblich um die Gemeinden zur Sparsamkeit zu erziehen, hat sie verlangt, daß alle größeren Ausgaben der Gemeinden zunächst der Regierungskommission zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Vor allem behielt sie sich die Entscheidung über die Neufestsetzung der Gehälter der Kommunalbeamten vor. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß diese Maßnahme nur vorgeschoben wurde, um die Einführung der Frankenzählung auch bei den Gemeindeverwaltungen zu erzwingen. Auf die Forderungen der Kommunalbeamten der Stadt Saarbrücken hat die Regierungskommission in einem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Saarbrücken geantwortet, das am 6. September der Stadtverordnetenversammlung der genannten Stadt bekanntgegeben wurde. In diesem Schreiben sagt die Regierungskommission u. a.: Die Mitglieder der Regierungskommission sind übereinstimmend zu der Erkenntnis gelangt, daß mit einer Erhöhung der Gehälter in Mark das Problem der wirtschaftlichen Notlage der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltungen nicht gelöst werden kann. Die Regierungskommission ist daher nach längeren Beratungen zu der Überzeugung gekommen, daß den fraglichen Ansprüchen nur in der Weise Folge gegeben werden kann, daß die Beamten und Angestellten der Kommunalverwaltungen in gleicher Weise wie diejenigen des Staates (den es als Saar-Staat jedoch nicht gibt. D. R.) besoldet werden, d. h. in der Frankenwährung! Eine andere Form der Beihilfe zu genehmigen, ist die Regierungskommission außerstande. Gleichzeitig verlangt die Regierungskommission von den Kommunalverwaltungen, dafür Sorge zu tragen, daß für die künftige Zeit ihren Frankenausgaben entsprechende Frankenentnahmen gegenüberstehen, namentlich bei ihren gewerblichen Betrieben.

Der langen Rede kurzer Sinn ist also der: Eine Gehaltsaufbesserung der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltungen wird von der Regierungskommission nur dann genehmigt, wenn die Kommunalbeamten den Franken fordern. Deutlicher als wie es hier geschieht, kann tatsächlich eine Verletzung der Bestimmungen des Saarabkommens nicht erfolgen.

Kenner der Verhältnisse haben schon vor Jahren vorausgesagt, daß die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet den Ruin des Wirtschaftslebens an der Saar bedeuten würde.

Die Warner vor dem Franken haben Recht behalten. Seit fast zwei Monaten befindet sich das Saargebiet in einer wirtschaftlichen Krise, deren Ausgang noch völlig ungewiß ist. In fast allen Wirtschaftskreisen haben sich Lohnkämpfe entwickelt, da die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft mit ihren bisherigen Einkünften bei der ständig steigenden Teuerung im Saargebiet nicht auskommen können. Industrie und Handel weisen darauf hin, daß durch die Einführung des Franken im Bergbau und in der Hüttenindustrie die Produktionskosten sich derart gesteigert haben, daß die Absatzmöglichkeiten in Deutschland ausgeschlossen sind, weil die saarländischen Waren mit den im Mutterlande wesentlich billiger erzeugten nicht mehr konkurrieren können.

In zahlreichen Betrieben haben wegen Absatzstörung Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müssen.

Die Lohnbewegung in der gesamten Saarindustrie hat noch keinen Abschluß gefunden. Zwar haben in einzelnen Industrien und Gewerben die Arbeitnehmer die Arbeit unter geringem Erfolge oder bedingungslos wieder aufgenommen, da sie sich überzeugten, daß ein weiterer Kampf aussichtslos erschien. Zum Beispiel hat der Schlichtungsausschuß in den Lohnstreit zwischen Arbeitnehmerschaft und Firma Röckling in Völklingen einen Schiedsspruch gefällt, in welchem ausgeführt ist, daß er durch Einsichtnahme in die Geschäftsbücher der Firma über die Geschäftslage des Werkes einen Überblick gewonnen hat, der dahin geht, daß bei dem durch den Tiefstand der Markt entstandenen verlustbringenden Geschäftsgang der Firma zur Aufrechterhaltung des Betriebes neben anderen Maßnahmen auch die bekannte Lohnverminderung unvermeidlich ist. Ähnliche Feststellungen haben sich bei anderen Schlichtungsverhandlungen ergeben. Da trotz allem eine Einigung zwischen Direktion und Belegschaft nicht erzielt werden konnte, ist die Völklinger Hütte vollständig stillgelegt worden, wodurch bis auf weiteres 5000 Hüttenleute brotlos wurden — eine katastrophale Folge des Franken!

Die städtische Verwaltung Saarbrücken hat die Notlage ihrer Beamten auch anerkannt, in ihrem Beschuß, eine Erhöhung des Grundlohnes von 10 Prozent vorzunehmen, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die derzeitige wirtschaftliche Lage des Saargebietes außerordentlich bedenklich ist und daß Großindustrie und weiterverarbeitende Industrie unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder die Höhe der bisher gezahlten Löhne, noch die Zahl der bei ihr beschäftigten Arbeiter beibehalten könne. Der christliche Gewerkschaftstag für das Saargebiet, der in Dillingen tagte, hat sich gleichfalls mit der Wirtschaftskrise im Saargebiet beschäftigt und ausgesprochen, daß die gesamte wirtschaftliche Lage des Saargebietes, sowie die fernere Entwicklung desselben die schwersten Besorgnisse auslösen müssen. In einer Entschließung des Christlichen Metallarbeiterverbandes wird die Regierungskommission ersucht, Schritte zu unternehmen, damit durch eine Verbilligung der Kohlenpreise und Herabsetzung der Frachtsätze ein Zusammenbruch der früher blühenden Industrie des Saargebietes und die damit verbundene Verelendung der gesamten Bevölkerung vermieden wird. Auch der amtliche Bericht der rheinischen Provinzial-Regierung stellt in seiner Übersicht über die Arbeitsmarktlage der Rheinprovinz in der Woche vom 13. bis 19. August fest, daß im Saargebiet sich die Krise der Wirtschaftslage besonders in der Großindustrie und den weiterverarbeitenden Industrien unter dem Einfluß des ungünstigen Wertverhältnisses der Mark zum Franken immer mehr zugespielt hat.

Über die Ursachen dieser katastrophalen Wirtschaftsscheinungen ist sich die Saarbevölkerung durchaus im Klaren. Ein alter erfahrener Saarbrücker Wirtschaftspolitiker schreibt u. a.: „Die Schuld daran trägt der Franken im Saargebiet. Denn jetzt schon ist der Saarländischen Fertigindustrie die Konkurrenz auf dem deutschen Markt sehr erschwert. Die französische Industrie macht gegen ihre Regierung mobil und ruft: Kauft im Lande. Der Franken hat uns die ganze Position verdorben.“

Und unter den Rückwirkungen des Frankenumlaufs im Saargebiet windet sich jetzt dieses einst blühende Land in schwersten wirtschaftlichen Krümmungen. Die Teuerung steigt von Tag zu Tag, die Produktionsmöglichkeiten werden von Tag zu Tag geringer, die Not jedes Einzelnen immer größer. Die ganze wirtschaftliche Struktur des Saargebietes weist auf die inneren Zusammenhänge mit dem deutschen Wirtschaftsleben hin. Die technischen Errichtungen und die technischen Erzeugnisse sind lediglich auf das deutsche Wirtschaftsleben und auf den deutschen Absatz-

markt eingestellt, da das deutsche Mutterland das eigentliche Absatzgebiet der Industrie an der Saar darstellt.

Alle diese Momente sind der Regierungskommission bekannt; wenn sie trotzdem gegen ihre bessere Überzeugung eine gewaltsame Umstellung des Wirtschaftslebens an der Saar nach Westen zu erzwingen sucht, so beweist sie nur, daß sie nicht aus freier Entschließung und unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ihre Entschlüsse fäkt, sondern daß sie sich als das ausführende Organ der französischen Regierung betrachtet. Diese Verfehlung der Tatsachen und die fortgesetzten gräßlichen Verstöße gegen die Bestimmungen des Saarbedenabkommens sollten den Völkerbund endlich veranlassen, hier Wandel zu schaffen. Nach den Völkerbundsstatuten soll der Völkerbund dem Frieden dienen. Was im Saargebiet im Namen des Völkerbundes geschieht, sind nicht Friedens-, sondern rücksichtslose Kriegstaten, die zur Anwendung kommen gegen eine Bevölkerung, die recht- und machtlos der französischen Annexionspolitik ausgeliefert ist.

Die Einführung der Frankenwährung, wie sie die Regierungskommission mit allen Mitteln anstrebt, bedeutet ein Verbrechen an dem Saargebiet und seiner Bevölkerung und verdient unter allen Umständen Sühne. Diese kann und darf nur darin bestehen, daß die Bestimmungen über das Saargebiet im Versailler Vertrag einer Revision unterzogen werden. Die Lüge Clemenceaus muß beseitigt werden und alle Bestimmungen, die auf dieser Lüge aufgebaut sind. Nur wenn nach dieser Richtung dem französischen Einfluß im Saargebiet Einhalt getan wird, kann das Saargebiet aus seiner furchtbaren Lage gerettet werden. Der Völkerbund hat in Unkenntnis der wirklichen Lage im Saargebiet das Schicksal dieses Landes verschuldet. Er ist verpflichtet, nach Kenntnis der wirklichen Lage seine Versailler Beschlüsse hinsichtlich des Saargebietes zu ändern.

+

Die französischen Wirtschaftsziele im Saargebiet.

Die französischen Annexionisten versuchen mit allen Mitteln, den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich zu erzwingen. In der in Paris erscheinenden Zeitschrift: „L'Exportateur française“ verlangt der Ufranzose E. Bauer, „Rat des französischen Außenhandels“, in einem längeren Artikel, man solle das Saargebiet mit französischen Waren und Menschen überflutet. Er sagt u. a.: Eine neue und gründliche Organisation des Handels und der Industrie im Saargebiet muß durchgeführt werden, wenn wir diese reichen Gebiete und großen Verbraucher französischer Erzeugnisse dem französischen Einfluß erhalten wollen. Er nennt dann die französisch-saarländische Handelsammer eine willkommene Helferin und fährt dann fort: Es ist unbedingt notwendig, daß wir sobald als möglich die Arbeitervölkerung, die wir friedlich erobern müssen, für uns gewinnen. Die französische Verwaltung muß, wenn sie schlau ist, sich die Zuneigung und Anerkennung eines beträchtlichen Teils der Saarbewohner erwerben und es liegt auf der Hand, daß, wenn unser Ansehen wächst, wir daraus den Vorteil haben, ebenso unser Handel und unsere Industrie. Die französische Kultur muß mehr in die deutschen Familien dringen durch unsere Propaganda. Der Artikelschreiber beklagt dann den Mangel an Unternehmungslust der großen französischen Kaufhäuser, von denen keines in Saarbrücken und im Saargebiet vertreten sei. Das sei ein Fehler, der beseitigt werden müsse, „denn in zwei Jahren — das wollen wir nicht vergessen — werden nur noch französische Waren ohne Zoll ins Saargebiet gelangen. Es wäre kindisch, den großen Vorteil zu bestreiten, der dann ausschließlich unseren Landsleuten geboten wird; das müssen alle Franzosen erfahren.“

Weniger verschleiert kommt die Absicht Frankreichs in ihren sichtlichen Zielen hinsichtlich des Saargebietes in dem neuerschienenen Werk Le Clercs: „Die westliche Frage“ zum Ausdruck. Es heißt dort u. a.: Das beste Mittel zur Erreichung eines dauernden Friedens sei die Anwendung der lothringischen Klauseln des Versailler Vertrages auf die westliche Frage, und zwar so, daß ganz oder teilweise das Saargebiet im Jahre 1934 Frankreich zugesprochen und das Rheinland zum unabhängigen Staat innerhalb des Deutschen Reiches gemacht werde.

Der Frankenbefehl der Saarregierung an die Kommunalverwaltungen.

Wenn bisher die Regierungskommission noch immer versucht hat, den Schein zu wahren, als stehe sie der Einführung der Frankenwährung im Saargebiet vollständig unbeteiligt gegenüber, so hat sie jetzt auch nach außen hin ihr wahres Gesicht und vor allem ihr wahres Herz gezeigt. Seit Monaten kämpfen die Kommunalbeamten, Angestellten und Arbeiter um die Verbesserung ihrer Einkünfte, da die Gehälter und Löhne mit der fortschreitenden Teuerung nicht Schritt gehalten haben. Die Regierungskommission hat es sich — wie sich jetzt herausstellt, mit guter Überlegung — vorbehalten, „zur Erzielung erforderlicher Ersparnisse“ gegebenenfalls die Genehmigung zu größeren Ausgaben der Kommunalverwaltungen zu versagen. In besonderem Maße hatte sie sich ihre Stellung zu der Neuregelung der Beamtengehälter usw. vorbehalten. Wie gesagt, war dieser Vorbehalt mit guter Überlegung gemacht worden, um nämlich auf dem Umwege der Gehaltsforderungen der Beamten die Kommunalverwaltungen zu zwingen, die Frankenzählung einzuführen. In der Stadtverordnetensitzung der Stadt Saarbrücken vom 6. September wurde durch den Vorsitzenden ein Schreiben der Regierungskommission vom 1. September verlesen, das am 6. September bei der Saarbrücker Stadtverwaltung eingelaufen ist und folgenden Wortlaut hat:

Regierungskommission des Saargebiets
Direktorium des Innern

J. C. VII 595. Saarbrücken, 1. Sept. 1920.

In zahlreichen Eingaben sind im Laufe der letzten Monate und insbesondere der letzten Wochen die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltungen bei der Regierungskommission vorstellig geworden, unter Hinweis auf die außerordentliche Notlage, in die sie die Unzulänglichkeit ihrer Gehälter und Löhne versetzt. Hierbei haben sie auf den erheblichen Unterschied zwischen ihrem Einkommen und demjenigen der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter hingewiesen.

Die Regierungskommission hat diese Beschwerden geprüft und sie im wesentlichen als unbedingt gerechtfertigt gefunden. Geleitet von der Absicht, dieser Lage unter Wahrung der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden abzuholzen, habe ich mit den übrigen Mitgliedern der Regierungskommission die in Betracht kommenden Maßnahmen eingehend erwogen. Hierbei sind wir übereinstimmend zu der Erkenntnis gelangt, daß mit einer Erhöhung der Gehälter in Mark, sei es durch die Gewährung einmaliger oder zeitweiliger Zulagen oder durch eigentliche Gehaltserhöhungen das Problem nicht gelöst werden kann. Die ständigen Schwankungen des Marktes und die völlige Ungewissheit, wie das Verhältnis der beiden Währungen in Zukunft sich gestalten wird, machen es zur Unmöglichkeit, auf diesem Wege die Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten zu erzielen, die mit Recht von den ersten erwartet wird.

Nach längeren Beratungen ist daher die Regierungskommission zu der Überzeugung gelangt, daß den fraglichen Ansprüchen nur in der Weise Folge gegeben werden kann, daß die Beamten und Angestellten der Kommunalverwaltungen in gleicher Weise wie diejenigen des Staates besoldet werden, d. h. in der gleichen Währung.

Es wird nicht verkannt, daß eine solche Gehaltsumwandlung voraussetzt, daß die Kommunalverwaltungen über die erforderlichen Frankenrevenuen verfügen. Im Laufe des vorliegenden Rechnungsjahres ist jedoch eine derartige Umgestaltung der Erhöhung der Gemeindeeinnahmen nicht angängig. Erst vom 1. April 1922 ab, dem Beginne des neuen Rechnungsjahres an wäre deren Durchführung möglich.

Die Notlage der Beteiligten ist jedoch derart, daß ihnen nicht zugemutet werden kann, noch weitere sieben Monate zu warten. Die Regierungskommission hat daher in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, sogleich diejenigen Kommunalverwaltungen entsprechend zu unterstützen, die angesichts der Lage ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter diesen die Frankenbesoldung bewilligen. Demgemäß wird die Regierungskommission den einzelnen Kommunalverwaltungen auf Antrag nach entsprechender Beschlusssättigung der Kommunalvertretungen die Frankenbesoldung für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. April 1922 ermöglichen durch die Gewährung einer finanziellen Beihilfe in folgender Gestalt:

1. Die Landeskasse wird die im Haushaltspol für Löhne und Gehälter des Personals (Beamten, Angestellte und Arbeiter) für den fraglichen Zeitraum vorgesehenen Beträge zu dem günstigen Kurs von 1 Franken für je 5 Mark umwechseln.

2. Die Regierungskommission gewährt weiter den betreffenden Kommunalverwaltungen unentgeltlich einen entsprechenden Frankenzuschuß, der die Kommunalverwaltungen in die Lage versetzt, dieselben Gehälter und Löhne zu bezahlen, wie sie die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates erhalten, denen ihre Tätigkeit gleichgestellt werden kann.

Diese außerordentliche Unterstützung kann selbstverständlich nur für die letzten sechs Monate des laufenden Rechnungsjahres gewährt werden. Den Kommunalverwaltungen erwächst daher die Ausgabe, dafür Sorge zu tragen, daß für die künftige Zeit ihren Frankenauflagen entsprechende Frankenrevenuen gegenüberstehen, namentlich bei ihren gewerblichen Betrieben (Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn).

Ich ersuche ergebenst, diese Entschließung zur Kenntnis der beteiligten Kommunalverwaltungen zu bringen und insbesondere darauf hinzuweisen, daß die Beschlüsse der Kommunalvertretungen, welche der erwähnten besonderen Vorteile teilhaftig zu werden wünschen, mir in kürzester Zeit, und zwar tunlichst bis zum 20. September d. J., mitgeteilt werden. Weiter ersuche ich zu ihrer Kenntnis zu bringen, daß die Regierungskommission, so sehr sie auch den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Kommunalverwaltungen entgegenzutreten wünscht, außerstande ist, eine andere Form der Beihilfe zu nehmen. Die Achtung vor den Rechten der Selbstverwaltung kann nicht dazu führen, die Pflichten außer acht zu lassen, welche die Aussicht über die Kommunalverwaltungen mit sich bringt. Diese macht es der Regierungskommission aus den bereits angeführten Gründen zur Pflicht, darüber zu warnen, daß nicht die Finanzen der Kommunalverwaltungen durch unbedachte Gehaltserhöhungen in Mark verhängnisvolle Nachteile erleiden.

Der Präsident der Regierungskommission
gez. Rault, Staatsrat,
begl. Delfau.

Dieses Schreiben der Regierungskommission ist von solcher gewaltiger Bedeutung für die ganze künftige politische und wirtschaftliche Gestaltung und Entwicklung des Saargebiets, daß es schwer ist, das Vorgehen der Regierungskommission einigermaßen erschöpfend zu charakterisieren. Die treffendste Kritik zu diesem Schreiben hat wohl in der genannten Stadtverordnetensitzung der Stadtverordnete Hillebrand gegeben, indem er die Verlesung des Dokuments mit den Worten begleitete: „Fordert den Franken, oder der Brotkorb wird Euch höher gehängt!“

Die Regierungskommission arbeitet also hier nach folgendem Plan: Die Notlage der Kommunalbeamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltungen steht ohne weiteres fest und wird von der Regierungskommission ausdrücklich anerkannt. Die wirtschaftlichen Forderungen der Kommunalbeamten usw. dürfen aber keine Verübung finden, wenn sie in Mark gestellt werden. Wird die Frankenzählung verlangt, so wird sofortige Zustimmung zugesagt, ebenfalls weitgehendste Unterstützung aus der Landeskasse (die die Zuschüsse wiederum aus den Taschen der saarländischen Steuerzahler holt) in Aussicht gestellt. Wollen die Kommunalverwaltungen ihren Verpflichtungen ihren Angestellten usw. gegenüber gerecht werden, so müssen sie dafür sorgen, daß sie Frankenrevenuen bekommen. Das heißt also, daß die Gemeinden die Steuerzahler und Abnehmer von Gas, Wasser, Elektrizität usw. — auf die die Regierungskommission in der Frankenfrage keinen unmittelbaren Einfluß hat — dazu zwingen sollen, sich mit Franken zu versorgen, damit diese ihren Verpflichtungen den Gemeinden usw. gegenüber mit Frankenzählungen nachkommen können. Damit bleibt also im ganzen Saargebiet niemand mehr übrig, der nicht auf Frankenzählungen angewiesen wäre, und die Regierungskommission wird eines Tages dem Völkerbundsrat berichten „müssen“, daß die gesamte Saarbevölkerung — die bedauernswerten Kleinrentner und Altpensionäre braucht sie ja nicht zu erwähnen — die Frankenwährung „wünscht“. Sie wird es dann dem Völkerbundsrat überlassen, zu befehlen, daß im Saargebiet die Frankenwährung die gesetzlich zulässige Währung ist. Damit hat dann Frankreich auf dem Umwege der Saarregierung das erreicht, was es erreichen wollte: Den wirtschaftlichen Anschluß

des Saargebietes an Frankreich. Darüber aber mögen sich weder Regierungskommission noch Frankreich noch der Völkerbund einer Illusion hingeben: Selbst mit der endgültigen Einführung der Frankenwährung, die vertragswidrig ist und bleibt, haben sie die Saarbevölkerung noch nicht auf ihrer Seite! Gerade diese unerhörten Vergewaltigungen, die Verlezung vertraglicher Bestimmungen und Rechte der Bevölkerung, die Mißachtung der wirtschaftlichen Interessen des Landes und die Verhöhnung der nationalen Gefühle des Volkes werden das Zusammengehörigkeitsgefühl des geneigten Volkes an der Saar mit dem deutschen Mutterlande nur noch mehr stärken!

In der ganzen Welt machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf hindeuten, daß die Gifzähne, die eine hinterlistige französische Politik in das Versailler Diktat eingesetzt hat, ausgebrochen werden müssen. Eine Revision dieses Diktats muß erfolgen, sie muß in erster Linie erfolgen hinsichtlich der Bestimmungen über das Saargebiet. Durch die Lügen

Clemenceaus und Tardieu hat man für das Saargebiet eine politische Struktur geschaffen, die auf der ganzen Welt ein Gleichen nicht findet. Mit der oben gekennzeichneten Politik hat die Völkerbundskommission im Saargebiet das einst blühende und noch größere Blüte verheizende Wirtschaftsleben an der Saar in einem Jahr vollständig vernichtet. Diese Völkerbundspolitik im Saargebiet hat bewiesen, daß der beherrschende Einfluß Frankreichs im Völkerbundsrat die einfachsten Regeln internationaler Demokratie ohne weiteres beiseite schiebt, der auf Umwegen mit Hilfe dieses Völkerbundes, der angeblich im Interesse der Völkerversöhnung und des Völkerfriedens gegründet wurde, diese Ziele zu erreichen sucht, die auf die Unterdrückung anderer Völker und Länder hinauslaufen.

Die Ungeheuerlichkeiten der Saarregierung, wie sie in dem oben angeführten Schreiben zum Ausdruck kommen, müssen in alle Welt hinausgeschrien werden, damit endlich einmal dem verbrecherischen Vorgehen Frankreichs ein Ziel gesetzt wird.

Das Saargebiet ist in höchster Gefahr, die Saarbevölkerung erwartet vom Weltgewissen Gerechtigkeit!

Der Wirtschaftskampf der Arbeitnehmer an der Saar.

Eine Folge der Frankenzählung.

Als Folge der Einführung der Frankenlöhne in der Großindustrie machte sich bekanntlich eine zunehmende Teuerung im gesamten Saargebiet bemerkbar. Es ist bekannt, daß Saarbrücken und damit das Saargebiet die höchsten Indexziffern zu verzeichnen hat. Diese Tatsache hatte erklärlicherweise starke Rückwirkungen auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeitnehmerschaft. Deshalb führt diese seit Wochen einen erbitterten Lohnkampf. Die Arbeitgeber, besonders in der Schwerindustrie, erklärten, daß sie infolge der wesentlich gesteigerten Produktionskosten als Folge der Kohlenpreiserhöhung und der Einführung der Frankenzählung nicht in der Lage seien, Lohnerhöhungen zu bewilligen, daß sie vielmehr an einen Lohnabbau denken müßten. Diese Angaben wurden begreiflicherweise von der Arbeitnehmerschaft nicht widerspruchslos hingenommen. In einzelnen Fällen hat man nach den ergebnislosen Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern den Schlichtungsausschuß angerufen, der in mehreren Fällen auf Grund der Einsichtnahme in die Bücher der betreffenden Werke die Behauptung der Arbeitgeber bestätigte, daß tatsächlich in diesen Betrieben mit einem zum Teil ganz erheblichen Defizit gearbeitet worden ist. Bei weiterem Anhalten dieser ungesunden Wirtschaftslage sei daher eine Verminderung der Arbeiterzahl nicht zu vermeiden, ebenso wie es ausgeschlossen erscheinen müsse, größere Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Auf Grund ähnlicher Feststellungen des Schlichtungsausschusses Saarlouis hat die Arbeiterschaft der Firma Villeron u. Soh beschlossen, nach einer Streidauer von fast sieben Wochen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Firma hatte erklärt, daß sie bereit sei, die Betriebe zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, wobei sie im Interesse ihrer Arbeiterschaft Millionenvorluste zu tragen habe. Die Firma erklärte weiter, daß die Unrentabilität der Betriebe vor allem durch die hohen Kohlenpreise verschuldet sei. Die Revierkonferenz der Berufsverbände Deutscher Glas- und Keram-Arbeiter stellte daher an die Bergverwaltung die Forderung, schleunigst der Industrie günstigere Kohlenpreise zu bewilligen und den Termin des Inkrafttretens dieser Preisermäßigung baldmöglichst bekannt zu geben.

Einen noch ungünstigeren Ausgang nahm der Lohnkampf auf der Völklinger Hütte. Wegen Unrentabilität des Betriebes hatte die Firma, wie bereits gemeldet, einen Lohnabbau angekündigt, den die Arbeiterschaft der Völklinger Hütte mit einem allgemeinen Streik beantwortete. Nach langwierigen Verhandlungen gingen beide Parteien vor den Schlichtungsausschuß, der zu folgendem Spruch kam:

Der am 29. August 1921 in Lohnsachen der Firma Röchling-Völklingen zusammengetretene Schlichtungsausschuß spricht sich, nachdem er in seiner Gesamtheit direkt Einsicht in die Geschäftsbücher der Firma und einen Überblick in die Geschäftslage des Werkes gewonnen hat, dahin aus, daß bei dem durch den Tiefstand der Mark entstandenen verlustbringenden Geschäftsgang der Firma zur Aufrechterhaltung des Betriebes neben anderen Maßnahmen auch die bekannte Lohnverminderung unvermeidlich ist. Er empfiehlt jedoch der Firma, die Lohnminderung nicht in der Weise vorzunehmen, daß außer dem Fortfall der Teuerungszulagen gleichmäßig pro Kopf und Stunde 15 Centimes vom tarifmäßigen Stundenlohn abgezogen werden, sondern daß eine ge-

staffelte Lohnverminderung eintritt, derart, daß die niederen Einkommen weniger getroffen werden als die höheren. Die Vertreter der Firma Röchling erklärten, den Schiedsspruch anzunehmen, während die Arbeiterschaft den Schiedsspruch ablehnte und im Streik beharrte. Darauf antwortete die Direktion mit der völligen Schließung der Völklinger Hütte, die bekanntlich rund 5000 Arbeiter beschäftigte. Es ist begreiflich, daß die Arbeiterschaft es nicht einsehen kann, daß man ihr Verdienst, der bei ständig steigender Teuerung zum Lebensunterhalte nicht ausreicht, nochkürzen will. Auf der anderen Seite ist es natürlich unmöglich, einen Betrieb weiterzuführen, der nachweislich mit großer Unterbilanz arbeitet. Die Schuld an diesen katastrophalen Wirtschaftsscheinungen trägt auch hier wieder die Regierungskommission mit ihrer Frankenpolitik. Das ist durch die Feststellungen des Schlichtungsausschusses einwandfrei festgestellt worden, der in seinem Bericht darüber ausdrücklich folgendes sagt:

Der Geschäftsgang der Firma Röchling hat sich im Jahre 1921 derart entwickelt, daß mit fortschreitender Zeit die Verluste stark in die Höhe gingen. So betrug zum Beispiel im Monat Januar 1921 der buchmäßige Verlust im Thomaseisenbetrieb rund 1 720 000 M., während er im Mai rund 21 000 000 M. betrug. Die Gesamtverluste von Januar bis einschließlich Mai betrugen im Thomaseisenbetrieb rund 43 600 000 M. Dazu kamen die Verluste im Edelstahlbetrieb von rund 14 700 000 M., was einen Gesamtverlust des Werkes von Januar bis Mai von rund 58 300 000 M. ergibt. Da der Schlichtungsausschuß darin übereinstimmte, daß von ausschlaggebender Bedeutung für den verlustbringenden Geschäftsgang der Firma der Umstand ist, daß wesentliche Teile der Produktionskosten in Franken zu zahlen sind, während der Verlauf der Fertigprodukte, wie aus der Aussstellung der Firma hervorging, Marktolöse bringt, hielt sich der Schlichtungsausschuß für verpflichtet, auch hierin Stichproben zu machen.

Ähnliche Erscheinungen haben sich übrigens auch bereits bei dem Neunkirchener Eisenwerk gezeigt, das den Schwierigkeiten zunächst damit zu begegnen versucht, daß es im Oktober 500 Mann seiner Belegschaft entlassen wird. Diese Maßnahme hat natürlich bei der Arbeiterschaft einen scharfen Protest hervorgerufen.

Auch auf den beiden St. Ingberter Glashütten wird seit fast zwei Monaten gestreikt, ohne daß bis jetzt eine Aussicht auf eine Einigung besteht. Die beiden Hütten sind infolge der langen Arbeitsruhe in einen Zustand geraten, der die volle Inbetriebnahme der Werke erst nach Wochen wieder zuläßt. Auch das Baugewerbe des Saargebietes war wochenlang schweren Erschütterungen durch Streiks und Aussperrungen unterworfen. Erst in diesen Tagen ist die Ruhe wieder eingelehrt, nachdem auch der Malerstreik sein Ende gefunden hat. Der Streik in der Fertigindustrie ist ebenfalls erst nach langwierigen Verhandlungen beendet worden. Bezeichnend sind die Mitteilungen, die in einer Sitzung der Tarifgemeinschaft der weiterverarbeitenden Eisenindustrie des Saargebietes

gemacht wurden. Bezirksleiter Pic machte nämlich darauf ausmerksam, daß einzelne Firmen, besonders Ehrhardt u. Schmer, Brown u. Boweri bedeutende Lieferungen nach dem Ausland, hauptsächlich Frankreich, hätten und daher auch Devisen als Kaufpreis bekämen. Die Vertreter dieser Werke konnten nachweisen, daß sie auch für diese Aufträge nur Mark erhielten, die Meinung der Arbeiterschaft also nicht zutreffe. Von anderer Seite wurde auch betont, daß auch die Bergwerksdirektion nur in Mark bezahle. (!)

Die Arbeitgeber erklärten sodann, sie seien bereit, vorbehaltlich der Zustimmung der nicht anwesenden Vertreter eine Lohn erhöhung von 10 Prozent auf die verdienten Löhne (auschließlich der Frauen- und Kinderzulage) sofort zu geben. Sie müßten aber schon jetzt darauf hinweisen, daß wahrscheinlich nicht alle Betriebe

diese Last tragen könnten und es zu Betriebsschließungen kommen würde. Die ganze Verhandlung ergab ein geradezu trostloses Bild der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes.

Die Papier- und Pappfabrik Gebrüder Abt in Schwarzenacker-Wörschweiler entließ kürzlich etwa die Hälfte ihrer Arbeiterchaft wegen Auftragsmangel.

Die saarländische Presse urteilt diese Wirtschaftsscheinungen und den Ausgang der Lohnkämpfe mit großem Pessimismus. Die Tatsache, daß seitens der Arbeitnehmerorganisationen bei der Saarregierung die Forderung erhoben wurde, für einen Abbau der Kohlenpreise Sorge zu tragen, beweist, daß man auch in diesen Kreisen davon überzeugt ist, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der saarländischen Industrie in ernstem Maße vorhanden sind und durch die Frankeneinführung hervorgerufen wurden.

Eine deutsche Protestnote gegen die Schaffung der Raultschen „Saareinwohner“.

Die Bestimmung des Saarbeden-Abkommens, die ausdrücklich die deutsche Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des Saargebietes bestehen lassen und hervorheben, sind der Regierungskommission außerordentlich unbequem. Wie sie bemüht ist, dem Saargebiet die Eigenschaften eines „Staates“ zu geben, so ist sie ferner bemüht, die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine diesem „Staate“ entsprechende zu erzeugen. Es liegt ihr dabei neben der weiteren Loslösung des Saargebietes vor allem daran, daß die zahlreichen eingewanderten Franzosen der eingesessenen Bevölkerung in staatsrechtlicher Beziehung im Saargebiet gleichgestellt werden. Nach langen Bemühungen hat sie diese „Staatsangehörigkeit“ der Saarbedenbewohner gefunden in dem Begriff „Saareinwohner“. Darüber ist des näheren wiederholt geschrieben worden, auch erwähnt, daß die Saarbevölkerung sich gegen diesen Begriff energisch, aber natürlich vergeblich gewehrt hat und daß die französischen Fremdlinge im Saargebiet auf Grund dieses Begriffes bereits heute zu den örtlichen Vertretungen und sonstigen Körperschaften wahlberechtigt sind.

Die Schaffung des Begriffs „Saareinwohner“ widerspricht ganz augenscheinlich den Bestimmungen des Saarbedenabkommens. Man vernimmt, daß selbst in Kreisen der der Regierungskommission sehr zugetanen juristischen Sachverständigen die Überzeugung der Bestimmungswidrigkeit und rechtlichen Unhaltbarkeit dieses „Saareinwohner“-Begriffs besteht.

Die deutsche Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, gegen diese Verleugnung des Friedensvertrages und des Versuchs der Beseitigung der deutschen Staatsangehörigkeit für die Saarbedenbewohner bei der Regierungskommission sowohl wie beim Völkerbundsrat Protest zu erheben. Die Protestnote wurde am 9. d. Mts. den Völkerbundsmitgliedern überreicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierungskommission des Saargebietes hat in ihrem Amtsblatt Nr. 9 vom 25. Juni d. J. eine Verordnung über die „Eigenschaft als Saareinwohner“ erlassen.“

Nach sorgfältiger Prüfung ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß diese Verordnung mit dem Vertrag von Versailles nicht vereinbar ist.

Die Regierungskommission hat in einer Denkschrift die Verordnung als Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften des Vertrages von Versailles gekennzeichnet. Hierfür ist indes nach Ansicht der deutschen Regierung kein Raum. Wenn der Versailler Vertrag, der übrigens den Ausdruck „Saareinwohner“ an keiner Stelle verwendet, von den Einwohnern oder der Bevölkerung des Saarbedengebiets spricht, so ist klar, daß er damit die Personen meint, die im Saargebiet wohnen. Dies erkennt auch die Regierungskommission selbst an, denn in ihrer Denkschrift heißt es: „Die Eigenschaft als Saarbewohner ist bedingt durch den Wohnsitz im Saargebiet; wer seinen Wohnsitz außerhalb des Saargebietes verlegt, ist kein Saarbewohner mehr.“ Nach dieser durchaus zutreffenden Bemerkung bedarf es keiner Bestimmung des Begriffs „Saareinwohner“.

In derselben Denkschrift erklärt die Regierungskommission in ebenfalls durchaus zutreffender Weise: „Es gibt keine saarländische Staatsangehörigkeit.“ Indes sind die Merkmale, die in der Verordnung für den Begriff „Saareinwohner“ aufgestellt werden, im wesentlichen dieselben wie die, die für den Begriff der Staatsangehörigkeit gelten. Neben dem Wohnsitz werden nämlich noch andere Bedingungen gefordert, bestehend teils in einer bestimmten, verschieden abgestuften Dauer des Wohnsitzes, teils in der Abstammung von einer bestimmten Personenklasse. Weiter soll die „Eigenschaft als Saareinwohner“ erworben werden und umgekehrt durch Verheiratung mit einem „Nicht-Saareinwohner“ verloren gehen. Endlich soll der Verlust dieser Eigenschaft nicht schon mit der Aufgabe des Wohnsitzes im Saargebiet, sondern erst ein Jahr darauf eintreten. Es ist klar, daß ein in dieser Weise abgegrenzter Begriff „Saareinwohner“ sich von der dem Worte „Einwohner“ entsprechenden Bedeutung weit entfernt. Die einzige vertragliche Grundlage dieses Be-

griffs, der Wohnsitz, wird mit Elementen, die einem anderen, ihm wesensfremden Rechtsinstitut, der Staatsangehörigkeit, entnommen sind, zu einem neuen Rechtsbegriff unter der Bezeichnung „Saareinwohner“ verschmolzen. Dieser Begriff könnte zutreffender mit den Worten „saarländischer Staatsangehöriger“ als mit dem Worte „Saareinwohner“ bezeichnet werden.

In § 1 der Verordnung heißt es schließlich, daß die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes unberührt bleiben soll. Tatsächlich aber greift die Verordnung tief in die bestehenden Staatsangehörigkeitsverhältnisse ein. Denn die Verordnung weist — und dies ist, wie in der Denkschrift betont wird, gerade ihr Hauptzweck — dem unter dem Sammelbegriff „Saareinwohner“ zusammengefaßten Personenkreise auch eine besondere Rechtsstellung zu: Alle „Saareinwohner“ sollen gleiche Rechte haben, und wer nicht „Saareinwohner“ ist, soll als Fremder behandelt werden.

Mit diesem Inhalt steht die Verordnung der Regierungskommission im Widerspruch zu dem Vertrag von Versailles. Nach ausdrücklicher Bestimmung des § 27 der Anlage zu Artikel 45–50 des Vertrags soll die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saarbedengebiets in keiner Weise berührt werden. Hiernach soll im Saargebiet in bezug auf die Staatsangehörigkeitsverhältnisse diejenige Rechtslage aufrecht erhalten werden, die bei dem Inkrafttreten des Vertrags bestand. Diese Rechtslage war aber unbestreitbar die, daß „Inländer“ ausschließlich die deutschen Staatsangehörigen waren, denen als „Ausländer“ alle Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit gegenüberstanden. Diesen Unterschied, den der Vertrag beizubehalten vorschreibt, will die Regierungskommission bekräftigen und an seiner Stelle den Gegensatz von „Saareinwohnern“ zu „Nicht-Saareinwohnern“ sehen. Während ferner der Vertrag von Versailles die Staatsangehörigkeit und damit auch die ihren Inhalt bildenden Rechte ausdrücklich aufrecht erhält, sollen nach der Verordnung der Regierungskommission die öffentlichen Rechte nicht mehr eine einen Ausfluß der inländischen Staatsangehörigkeit bilden, sondern auf den unter der Bezeichnung „Saareinwohner“ zusammengefaßten Personenkreis übertragen werden. Damit wird die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saarbeden durch Entziehung wesentlicher Bestandteile ihres Inhalts ausgehöhlt und fast zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, während sie nach dem Vertrag in vollem Umfang aufrecht erhalten werden soll.

Die Regierungskommission hat in ihrer Denkschrift zur Begründung der Verordnung angeführt, daß nach § 27 Absatz 2 der Anlage zu Artikel 45–50 des Vertrages von Versailles niemand gehindert werden dürfe, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben. Sie erklärt, es würde ein Hindernis vorliegen, wenn die Bewohner des Saarbeden bei einem Wechsel der Staatsangehörigkeit zugleich auch ihre politischen Rechte einbüßen würden; um diesen Rechtsverlust zu vermeiden, will die Regierungskommission die politischen Rechte von der Staatsangehörigkeit trennen und mit dem Begriff „Saareinwohner“ vereinigen. Diese Begründung erscheint der deutschen Regierung nicht zutreffend. Es wird dabei übersehen, daß die erwähnte Bestimmung nur negative, nicht aber positive Bedeutung hat und lediglich untersagt, Bewohnern des Saarbeden den Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit durch besondere Hindernisse zu erschweren. Vor allem aber wird übersehen, daß nach ausdrücklicher Vorschrift des Vertrags jeder Erwerb einer neuen Staatsangehörigkeit unter allen Umständen den Verlust der alten Staatsangehörigkeit und damit auch den Verlust aller aus dieser Staatsangehörigkeit fließenden Rechte zur Folge haben muß. Es be-

deutet nichts weniger, als die Aufhebung dieser Vertragsbestimmung, wenn die begriffsnotwendigen Folgen eines Wechsels der Staatsangehörigkeit nicht eintreten sollen.

Aus all diesen Gründen muß die deutsche Regierung nachdrücklich Verwahrung einlegen gegen diesen ernsten Versuch, durch Schaffung eines Rechtsinstituts, das einer besonderen saardeutschen Staatsangehörigkeit nahezu gleichkommt und zu einer Aushöhlung des ausdrücklich aufrecht erhaltenen gegenwärtigen Staatsangehörigkeitsrechtes der Bewohner des Saargebiets führt, dem Saargebiet die

Merkmale eines eigenen Staatswesens zu verschaffen. Dies steht in vollem Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des Vertrags von Versailles, nach dessen klar ausgesprochenem Willen das Saargebiet lediglich ein vorübergehend der Regierung des Völkerbundes unterstelltter Teil des deutschen Reichsgebiets sein und in dem Recht der Staatsangehörigkeit seiner Bewohner keinerlei Änderung vorgenommen werden soll, so daß dort Ausländer keine staatsbürgerlichen Rechte ausüben dürfen. Die deutsche Regierung muß die Beseitigung dieses vertragswidrigen Zustandes und die Aufhebung der Verordnung der Regierungskommission verlangen.“

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Die Bemühungen der Regierungskommission auf Schaffung eines „Saarstaates“

werden immer deutlicher. In ihren verschiedenen Verordnungen, Gesetzesänderungen usw. hat sie den Ausdruck Saarstaat, wenn auch nicht direkt gebraucht, so doch in eine Form gekleidet, daß er nur als solcher verstanden werden kann. In ihrem Schreiben vom 1. September 1921 — Direktorium des Innern I. C. VII. 595 —, das den Befehl zur Einführung der Frankenzahlung bei den Kommunalverwaltungen enthält, wird jedoch bereits ganz ungeniert von den Beamten des „Staates“ gesprochen. Das widerspricht den Bestimmungen des Saarbeckenabkommens. Danach ist das Saargebiet wie bisher unantastbares deutsches Reichsgebiet, das nur für die Zeit von 15 Jahren durch eine Völkerbundskommission zu treuen Händen verwaltet werden soll.

Aber trotz dieser kaum misszuverstehenden Bestimmungen bringt fast jeder Tag eine neue Anordnung, die darauf abzielt, das künstlich geschaffene Gebilde zu einem Duodezstaat von Frankreichs Gnaden auszubauen und dem Deutschen Reiche zu entfremden. Überall werden Zentralinstanzen mit einem großen Stab von Beamten geschaffen, die das Budget allmählich ganz bedenklich belasten müssen. Nachdem im Saargebiet u. a. bereits eine eigene Oberpostdirektion und Eisenbahndirektion besteht, die Errichtung eines eigenen Postgeschäfts am gestrebt wird, ein „oberster Gerichtshof für das Saargebiet“ errichtet ist, die Frankenwährung bei der Lohn- und Gehaltszahlung befehlsgemäß eingeführt wurde, wird neuerdings in der Verordnung vom 6. Juli 1921 eine Arbeiterzentralstelle für das Saargebiet, in der Wo. vom 13. Juli 1921 eine eigene Knapschafts-Berufsgenossenschaft und in der Wo. vom 4. Juli 1921 ein besonderes Überversicherungsamt der Verkehrsanstalten des Saargebietes in Saarbrücken geschaffen.

Die deutsche Reichsregierung hat sich verschiedentlich veranlaßt gesehen, gegen die bestimmungswidrigen Bestrebungen der Regierungskommission Einspruch zu erheben, so hinsichtlich der Anmeldung des Saargebietes zur Weltpost-Konferenz und zum internationalen Verkehrsabkommen vom 4. Oktober 1920 über den Warentransport der Eisenbahn (Berner Konvention). Die Regierungskommission hat sich jedoch in ihren Bemühungen, dem Saargebiet zum Schaden Deutschlands eine andere Gestalt zu geben, nicht abhalten lassen. Das kommt besonders in der sogen. Justizreform zum Ausdruck, wo einmal von der „Verfassung“ des Landes die Rede, wo ein „Hochverräte“-Paragraph enthalten ist und wo die deutsche Staatsangehörigkeit durch den Begriff „Saareinwohner“ beeinträchtigt werden soll. Bedauerlicherweise werden die Bestrebungen der Regierungskommission für das Saargebiet vielfach in der deutschen Presse, unbewußt selbstverständlich, unterstützt, indem wiederholt von einem „Saarstaat“ gesprochen wird. In diesen Tagen ging erst wieder ein Artikel, überschrieben „Die französische Wirtschaft“, durch die deutsche Presse, in dem von der „Konstitution des Saarstaates“ gesprochen wird. Es muß Pflicht der deutschen Presse sein, den Bestrebungen der Regierungskommission entgegenzuwirken, inedtm sie zunächst selbst derartig falsche Bezeichnungen unterläßt und im übrigen gegen das Vertragswidrige der Regierungskommission Stellung nimmt, wo der Versuch gemacht wird, aus dem deutschen Reichsgebiet an der Saar einen „Saarstaat“ zu machen. Einen solchen Staat gibt es nicht und wird es nach dem Willen der Saarbevölkerung niemals geben.

Diese fortgesetzten Bestrebungen der Saarregierung, den „Saarstaat“ zu schaffen, beschäftigen zurzeit auch den Völkerbundsrat. Und zwar handelt es sich um den Versuch der Saar-

regierung, das Saargebiet an das internationale Abkommen vom 4. Oktober 1920 über den Warentransport der Eisenbahn (Berner Konvention) anzuschließen. Sie versucht damit die Ausschaltung der deutschen Oberhoheit im Saargebiet.

Die deutsche Regierung hat sich mit Recht gegen diesen Versuch der Regierungskommission wiedersetzt. Sie hat nach einem Bericht des Genfer Sekretariats des Völkerbundes erklärt, daß, obwohl Deutschland auf seine Regierungsbefugnisse im Saargebiet verzichtet hat, dieses Gebiet kein unabhängiger Staat ist, sondern weiterhin einen Teil Deutschlands bildet und unter deutscher Oberhoheit steht. Nur Staaten können dem Abkommen beitreten, also nicht das Saargebiet. Außerdem ist dieser Beitritt überflüssig, da das Reichsgesetz, das die Berner Konvention als deutsches Gesetz verkündete, laut Friedensvertrag im Saargebiet in Kraft bleibt.

Die Regierungskommission des Saarbedecks macht geltend, daß die Vollmachten, die ihr der Friedensvertrag für den Eisenbahnbetrieb verleiht, beschränkt würden, wenn sie nicht der Konvention beitreten könne. Insbesondere würden die Transporte vom Saarbedeck nach Deutschland gegenwärtig nicht als internationale Transporte angesehen, sondern seien dem inneren deutschen Betrieb unterworfen. Nach der deutschen Verkehrsordnung sollen nur die deutschen Strecken zwischen den Saarstationen und den Stationen des deutschen Gebiets benutzt werden. So müsse beispielsweise Kohle von Saarbrücken nach Kehl auf einer deutschen Linie unter Ausschluß jedes andern Weges befördert werden, was im Hinblick auf den direkten Weg durch Elsass-Lothringen die Entfernung beinahe verdoppelt.

Der Völkerbund faßte zu der Angelegenheit folgende Entschließung: Der Verkehrsausschuß des Völkerbundes wird aufgefordert, dem Rat einen Vorschlag über die Verkehrsfragen zu unterbreiten, die aus dem Erstuchen der Regierungskommission des Saarbedecks über den Beitritt zur internationalen Konvention über Warentransporte der Eisenbahnen erwachsen.

Es ist ohne Zweifel, daß die Saarregierung mit der Anmeldung des Saargebietes zur Berner Konvention nichts anderes bezweckt, als dem Saargebiet den Charakter eines selbständigen „Staates“ zu geben, der dann entsprechend seiner Einbeziehung in die französische Zollunion wirtschaftlich an Frankreich angegliedert werden soll. Bei objektiver Beurteilung oder Beachtung der Bestimmungen des Saarbeckenabkommens sollte die Entscheidung des Völkerbundsrates eigentlich nicht schwer fallen, sie kann nur lauten: Das Saargebiet ist nach dem Friedensvertrag unbestritten deutsches Gebiet und wird in allen internationalen Fragen durch die deutsche Regierung vertreten. Da der Berner Konvention nur selbständige Staaten angehören können, so ist der Antrag der Saarregierung abzulehnen. Nach den bisherigen Erfahrungen aber, die das Saargebiet mit der Unparteilichkeit des Völkerbundes gemacht hat, ist der Optimismus der Saarbevölkerung auch in dieser Frage nicht allzu groß.

Stellvertretung für den Präsidenten Rault!

Die zurzeit in Genf tagende Völkerbundskonferenz hatte sich noch mit einer anderen Saarfrage zu beschäftigen. Zunächst erneuerte sie auf ein Jahr, und zwar bis zum 20. September 1922, die Vollmachten des saardeutschen Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Hector aus Saarlouis, der bekanntlich am 20. September 1920 nach dem Auslaß des Beamtenstreiks erfolgten Rücktritt des Herrn von Boch ernannt worden war. Ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung ihres Vertreters hat bekanntlich die Saarbevölkerung nach den „demokratischen“ Prinzipien des Völkerbundes nicht. Ferner bestätigte der

Völkerbundsrat die Ernennung des Kommissionsmitgliedes Lambert zum vorläufigen Stellvertreter des Kommissionspräsidenten Rault, der sich in Urlaub begeben hat. Während des Urlaubs des Herrn Rault wurde als französisches Mitglied der Regierungskommission - der Generalsekretär der Kommission, Morize, bestellt. In einem Teil der deutschen Presse waren die letzteren Beschlüsse dahin gedeutet worden, als ob der Präsident der Regierungskommission Rault von seinem Urlaub nicht zurückkehren dürfte. Es ist bekannt, daß Herr Rault vom Völkerbundrat auf seiner vorletzten Tagung in einzelnen Fragen seiner Verwaltung des Saargebietes etwas ungünstig behandelt worden ist, da die Art seiner Amtsführung nicht von allen Mitgliedern der Völkerbundskommission gebilligt wurde, weil sie mit dem Geist und den Buchstaben der Bestimmungen des Saarabkommen abkommens nicht in Einklang gebracht werden kann. Dem beherrschenden Einfluß Frankreichs im Völkerbundrat soll es aber gelungen sein, weitere Disziplinarmahnahmen gegen Herrn Rault abzuwehren. Die Hoffnung der Saarbevölkerung, an Stelle des französischen Staatsrats einen neutraleren und unabhängigen Präsidenten der Regierungskommission zu erhalten, gehen aber leider nicht in Erfüllung, da, wie bekannt, die Amtsperiode des Herrn Rault in der fraglichen Sitzung

des Völkerbundrates auf ein weiteres Jahr verlängert wurde. Daß im übrigen sich jetzt der Völkerbund mit der Stellvertretung des Herrn Rault während seines Urlaubs befaßte, liegt in der Geschäftsordnung des Völkerbundesrates begründet. Danach kann das französische und das deutsche Mitglied für sich in Urlaubs- und Krankheitstagen selbst einen Stellvertreter bestimmten, der allerdings die Billigung des Völkerbundsrates fordern muß. Um nichts anderes handelt es sich also bei der Beratung der Stellvertretung des Herrn Rault während seiner Beurlaubung.

Wie bereits kurz gemeldet, ist

die Grenzfestsetzung im Saargebiet

beendet. Im ganzen wurden 300 Kilometer Grenzen gezogen, davon 145 Kilometer zwischen Frankreich und dem Saargebiet und 155 Kilometer zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Die für die Grenzfestsetzung eingesetzten Kommissare haben ohne Unterbrechung an der Festsetzung der Grenze gearbeitet, die besonders mühselig zu ziehen war, da die beiden interessierten Parteien Frankreich und Deutschland waren und da das Gebiet, eines der bevölkerertesten Europas, beträchtliche wirtschaftliche Komplikationen bietet. Es handelte sich um etwa 200 örtliche Untersuchungen, die etwa 160 Gemeinden angegingen. Die neue Saargrenze schließt insgesamt 1484 Quadratkilometer preußischen und bayerischen Gebietes ein. Die zahlreichen Schlusprotokolle werden in wenigen Wochen vollendet sein. Die Saarkommission hat als erste der Grenzkommisionen, die das Versailler Diktat eingesehen hat, ihre Arbeiten beendet.

Bei den Grenzfestsetzungsarbeiten an Ort und Stelle, die schon seit längerer Zeit beendet sind, kam es im Sommer vorigen Jahres bekanntlich zu einem ernsteren Zwischenfall, weil sich das deutsche Grenzkommisionsmitglied, Oberstleutnant von Zylander, dem Bestreben des französischen Mitgliedes energisch widersetzte, der die Saargebietsgrenze aus strategischen Gründen möglichst weit nach Osten und Norden hinauszuschieben versuchte. Der Zwischenfall führte bekanntlich dazu, daß die deutsche Regierung sich veranlaßt sah, einzutreten, um so mehr, als der General der französischen Besatzungsarmee des Saargebietes versuchte, den Mit-

gliedern der deutschen Grenzdelegation das Tragen der Reichswehruniform im Saargebiet zu verbieten. Die Anwesenheit der deutschen Delegationsmitglieder führte bekanntlich im Saargebiet, sobald die deutschen Reichswehruniformen auftauchten, zu begeisterten deutschen Kundgebungen.

Die Verwischung der saardeutschen Volksschulen.

Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Das ist eine alte politische Weisheit, die die Franzosen so gut kennen wie wir. Darum suchen sie sich jetzt der Schule zu bemühtigen. Der Angriff erfolgt von zwei Seiten: "frontal" auf die Lehrkräfte, durch „Umgehung“ auf die Schüler. Die Saarregierung plant nämlich, die Anstellungsprüfung für die Junglehrer künftig in eigene Regie zu nehmen, d. h. die Prüflinge der bis dahin zuständigen deutschen — in dem vorliegenden Fall also preußischen und bayerischen — Behörde zu entziehen. Ort der Prüfung soll Saarbrücken oder St. Ingbert werden. Wessen Geistes die Prüfungskommission sein wird, läßt sich unschwer denken. Bestehen soll sie aus dem Kreisschulrat, dem geistlichen Schulbeirat, dem Bezirksoberlehrer, einem Lehrer, bzw. einer Lehrerin bei Damen, einer Klosterschwester bei Schwestern. Ob es der Kommission paßt oder nicht, sie wird unter dem „Diktat“ amtierieren müssen. Die

Prüfungsverordnungen der Saarregierung bleiben in ihren Anforderungen um ein Bedeutendes hinter denen der deutschen Regierungen zurück, natürlich nicht ohne politischen Grund. Erstens will man die Prüflinge dadurch einfangen, zweitens ihr eigenes, und natürlich notwendig damit auch das Bildungsniveau der Schule herabdrücken, denn je weniger gebildet ein Volk, desto leichter läßt es

sich beherrschen, verschlagen. Außerdem sagt sich die Saarregierung auch wohl: die infolge unserer Prüfungsordnung minder qualifizierten Lehrer haben keine Aussicht mehr, zu den Schulen Preußens und Bayerns, für die höhere Anforderungen gestellt sind, zugelassen zu werden. Wir haben sie also materiell in der Hand.

Das Gesuch der Junglehrer des Saargebietes, daß sie in der Pfalz bzw. in Preußen ihre Anstellungsprüfung ablegen dürfen, ist jetzt von der Saarregierung abgeschlagen worden. Mit der Loslösung des Schulwesens im Saargebiet von der deutschen Schule glaubt man einen guten Schritt in der Verwischung der deutschen Saarschulen vorwärts gekommen zu sein. Diesen Zweck versucht sie ferner damit zu erreichen, daß sie mit dem neuen Schuljahr im April nächsten Jahres den obligatorischen französischen Sprachunterricht in den Unterrichtsplan der Volksschule aufnehmen will, nachdem ihre Versuche, auf dem Wege freiwilliger französischer Sprachkurse der französischen Sprache im Saargebiet Eingang zu verschaffen, vollständig gescheitert sind. Auch die Suche nach einem neuen Lehrbuch der Geschichte, das den Ansprüchen der Regierungskommission gerecht wird, löst für die deutsche Sache nichts Gutes ahnen. Der Lehrerverein Homburg-St. Ingbert hat daher gegen die Absichten der Regierungskommission, die Volksschule des Saargebietes zu verwischen, stärksten Protest erhoben. Er hat sich auch gegen die Absicht, für das Saargebiet eine eigene Schul- und Lehrer-Gesetzgebung zu schaffen, aufs entschiedenste ausgesprochen, weil er darin den Versuch der Entfremdung des Saargebietes von seinem Stammland erblickt. Der Verein wünscht, daß dem Saargebiet seine deutsche Volksschule erhalten bleibt.



Das Saartaal vom Hoederberg gesehen.

Die Ausweisungspolitik der Saarregierung

hat, wie seinerzeit gemeldet, auch den Völkerbundsrat beschäftigt. Ein großer Teil der Völkerbundsmitglieder hat die Ausweisungen der Saarregierung aufs schärfste mißbilligt, so daß der Präsident Rault sich damit zu entschuldigen zu müssen glaubte, daß er behauptete, der „größte Teil der Ausgewiesenen sei inzwischen ins Saargebiet zurückgekehrt.“ Damit hat Herr Rault jedoch noch keinen Beweis einer Berechtigung für die Ausweisungen überhaupt erbracht. Tatsache ist, daß heute noch einer großen Anzahl von ausgewiesenen Saardeutschen die Rückkehr ins Saargebiet nicht gestattet ist, und daß durch ihre Ausweisung den Betroffenen außerordentliche Schäden erwachsen sind, zum Teil ihre ganze Existenz vernichtet wurde. Auch die Stadt St. Ingbert hat unter der Ausweisungspolitik der Saarregierung außerordentlich zu leiden. Durch die vor bald zwei Jahren erfolgte Ausweisung des Bürgermeisters Schöneberger sind die Verwaltungsverhältnisse der Stadt völlig in Unordnung geraten. Alle Versuche, die provisorische Verwaltung durch Berufung eines Fachmannes abzulösen, sind gescheitert. Alle Vorstellungen und Proteste bei der Regierungskommission, die durch die Militärbehörde verfügte Ausweisung des Bürgermeisters wieder rückgängig zu machen, blieben erfolglos. Es wurde sogar erklärt, daß überhaupt keine Aussicht mehr bestehe, daß Bürgermeister Schöneberger wieder in sein Amt zurückkehren könne. Die zerstörten Verwaltungsverhältnisse der Stadt St. Ingbert sind also eine Folge der sinnlosen Ausweisungspolitik der Saarregierung und widerlegen die heuchlerische Neuzeugung des Präsidenten Rault auf der Völkerbundstagung in Genf, die größte Zahl der Ausgewiesenen sei bereits zurückgekehrt.

Keine deutsche Gerichtsbarkeit mehr im Saargebiet.

Mit dem Inkrafttreten der Abänderungen der Justizgesetze ist in bezug auf die Gerichtsbarkeit des Saargebietes und die Rechtsprechung seiner Gerichte die Loslösung vom Deutschen Reich vollzogen. Das Deutsche Reich gilt in dieser Hinsicht nun als Ausland. Vom 1. September ab müssen Zuschriften an deutsche Behörden und Gerichte durch die Regierungskommission gehen, ein direkter Verkehr ist nicht mehr gestattet. Das Gleiche gilt für Zuschriften jeder Art, die von deutschen Behörden und Gerichten direkt eingehen. Sie müssen der Regierungskommission vorgelegt werden.

Diese Nachricht hat die Regierungskommission mit sichtbarer Genugtuung in die saardeutsche Presse lanciert. Eine Auslegung wie die obige läßt zwar der Buchstabe der Bestimmungen des Saarabkommen nicht ohne weiteres zu; leider aber läßt der Völkerbund der Regierungskommission nach dieser Richtung hin allerweitesten Spielraum.

Die Räumung der Heil- und Pflege-Anstalt in Homburg

hat im Saargebiet zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben. In der Presse war gemeldet worden, daß die Räumung „auf höheren Befehl“ für militärische Zwecke angeordnet worden sei. Die Regierungskommission beeilte sich jedoch, bekanntzugeben, daß die Räumung der Anstalt auf Grund von Verhandlungen der Regierungskommission mit der Regierung der Pfalz erfolgt sei. Der Kreis Pfalz habe sich bereit erklärt, der Regierungskommission die Anstalt zur Nutzung für die Dauer der Verwaltung des Saargebietes durch die Völkerbundskommission zu übergeben. Wie die „Homburger Zeitung“ mitteilt, beabsichtigt die Saarregierung, aus der bisherigen Heil- und Pflegeanstalt ein Landes-Sanatorium, ein Landeskrankenhaus zu errichten, das mit einem allgemeinen Krankenhaus verbunden werden wird. Dieses Sanatorium wird geistliches (klösterliches) Pflegepersonal erhalten. Die bisherigen weltlichen Pfleger und Pflegerinnen werden von anderen Anstalten übernommen; es verbleiben lediglich die Anstaltshandwerksmeister am hiesigen Orte. Die Anstalt ist vom Kreise Pfalz mit einem Kostenaufwand von sechs Millionen Mark erbaut worden. Die mehrere Hundert Kranken müssen nun in den ohnehin überfüllten pfälzischen Heilanlagen Klingemünster und Frankenthal und in Merzig untergebracht werden. Die „Homburger Zeitung“ bemerkt zu der Veränderung in der Homburger Anstalt u. a.: Die Bürgerschaft und die Gesamtbewohnerchaft zittert um die Zukunft eines Schakes, von dem sie sich die größten Hoffnungen gemacht hat. Mit offener Hand hat sie freudig zum Werden der Anstalt geschenkt, was ihr möglich war, und deshalb hat sie auch ein Anrecht darauf, daß sie erfährt, was künftig aus einem solchen Häuserkomplex gemacht wird. Auch aus der Landesirrenanstalt Saargemünd sollen die 60 Insassen deutscher Nationalität nach Deutschland und die aus dem Saargebiet nach Merzig gebracht werden.

Die Ausgabe von Merziger Notgeld,

das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen war und ab 1. Juli im Gesamtbetrag von einer halben bzw. einer Million Mark verausgabt werden sollte, hat die Regierungskommission untersagt. In dem betreffenden Schreiben der Regierungskommission wird betont, daß die Notwendigkeit für die Herausgabe von Notgeld heute nicht mehr bestehe. In den Kreisen der Bevölkerung glaubt man jedoch, daß sich hinter diesem Verbot irgend-

eine Lücke der Saarregierung verbirgt. Der Gedanke liegt nahe, daß die forschtreitende Einführung der Frankenzählung im Saargebiet die Regierungskommission veranlassen wird, eines Tages den Marktaufzug dadurch zu verbieten, daß sie als allein gesetzliches Zahlungsmittel die Frankenwährung bestimmt. Durch das Verbot der Ausgabe neuen Notgeldes will sie — so sagt man — verhindern, daß die Regierungskommission veranlaßt werden könnte, nach Einführung der Frankenwährung einen Umtausch des dann wertlos gewordenen Notgeldes vorzunehmen. Wenn man die bisherige Politik der Saarregierung verfolgt, kann man allerdings leicht auf den Gedanken kommen, daß diese Erwägungen der wahre Grund des Notgeldverbotes sind.

Beschlagnahmte Geldsammlung zugunsten der Kriegshinterbliebenen und Schwerriegsbeschädigten.

Eine eigenartige Maßnahme der Regierungskommission wird durch ein „Eingesandt“ des Saarverbandes der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Saarbrücken I, in der „Volksstimme“ bekannt. Darin wird mitgeteilt, daß am 1. Mai d. J. der Unterhaltungsverein „Treuerz“ zugunsten der Kriegshinterbliebenen und Schwerriegsbeschädigten einen Blumentag veranstaltete, wobei durch freiwillige Spenden der Bürgerschaft ein größerer Betrag gesammelt wurde. Die Abrechnung wurde auf Verlangen der Regierungskommission eingereicht. Daraufhin sah sich die Obere Polizeidirektion veranlaßt, das Geld, welches auf der Kreispartasse deponiert ist, vor der Auszahlung an die Kreisleitung des Saarverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu sperren. Trotz aller Eingaben der Kreisleitung um Freigabe des Geldes war bis zum 5. September die Beschlagnahme, die ohne ersichtlichen Grund erfolgt ist, nicht aufgehoben. Es ist tatsächlich nicht erklärbare, welchen Anlaß die Obere Polizeidirektion für ihr eigenartiges Vorgehen hat.

Nachdem die Rheinlandkommission gegen das Gesetz über den

Waffengebrauch des Grenzschutzpersonals

der Reichsfinanzverwaltung keine Einwendungen erhoben hat, ist seine Anwendung nun auch in den Grenzbezirken des besetzten Gebietes, u. a. an den Grenzen der Pfalz gegen das Saargebiet, Frankreich und in den sonstigen Grenzstrichen zulässig. Das Gesetz enthält wesentlich verschärfte Vorschriften für den Waffengebrauch. In Zukunft darf zur Verhinderung von Fluchtversuchen auch innerhalb von Ortschaften und auf Landstraßen von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Gegenüber dem früher zweimaligen genügt jetzt ein einmaliger Anruf: „Halt, Grenzbeamter!“, der unter Umständen durch zwei Warnungsschüsse in die Luft erzeugt werden kann. Als wichtige Neuerung ist ferner herzuheben, daß außer den Grenzbeamten auch die im Zollabfertigungsdienst tätigen Beamten das Recht zum Waffengebrauch haben.

Leider kommt diese Maßnahme für das Saargebiet reichlich spät und dürfte auch nur insofern Anwendung finden, als die französischen Interessen im Saargebiet dadurch nicht berührt werden. Auch wird durch diese Maßnahme, soweit sie sich auf das Saargebiet bezieht, im wesentlichen nur der Schmuggel im kleinen davon betroffen, während man die Engros-Schmuggler, oder, wie man sie auch im Saargebiet nennt, die Schieber, mehr oder weniger unbehelligt läßt. Von diesen Schiebern weiß das Saargebiet ein Lied zu singen.

Die Furcht vor einem Bekenntnis zum Deutlichkeit.

Wie an vielen Orten Deutschlands, so halten sich auch im Saargebiet die drei sozialistischen Parteien, die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Kommunisten, zusammengetan, um gemeinsam zu der Ermordung Erzbergers Stellung zu nehmen. Vorgesehen waren drei öffentliche Protestversammlungen, und zwar in Saarbrücken, Neunkirchen und Böckingen. Man hatte weiter in Aussicht genommen, in den Versammlungen zum Ausdruck zu bringen, daß trotz der Trennung vom Mutterlande die Bevölkerung des Saargebietes sich eng mit den deutschen Volksgenossen verbunden fühle. Die Saarregierung hat jedoch den Antrag auf Genehmigung der Versammlung abgelehnt mit der bezeichnenden Begründung, „daß die Bevölkerung im Saargebiet nichts mit den Vorgängen im Reiche zu tun hätte“. Bezeichnend für die Stimmung unter der Arbeiterschaft des Saargebietes ist der Kommentar, mit dem die mehrheitssozialistische „Volksstimme“ das Versammlungsverbot versteht und der an deutscher Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Blatt schreibt: „Es sei der Regierungskommission noch einmal ausdrücklich gesagt, daß sich das deutsche Proletariat des Saargebietes heute und immer von der Regierungskommission keine Meinung aufzuklären lassen wird, ob es in dieser oder jener Sache mit Vorgängen im Mutterlande etwas zu tun hat oder nicht. Die Gefühle und die Sympathie für die Republik Deutschland und für unsere proletarischen Volksgenossen im Reiche reicht man mit kalten Verbitten nicht aus dem Herzen der Saarbevölkerung.“

Für jeden Kenner der Verhältnisse ist es klar, daß nicht die Sorge um die Ruhe im Saargebiet die Saarregierung zu diesem Verbot veranlaßte. Der wahre Grund dürfte vielmehr darin zu suchen sein, daß die Regierungskommission Angst hatte, in den Protestversammlungen könnte erneut und nachdrücklich zum Ausdruck kommen, daß die saarländische Arbeiterschaft wie die gesamte Saarbevölkerung sich einmütig zum deutschen Vaterland bekennt. Diese Kundgebung wollte sie wegen des unangenehmen Eindrucks nach außen verhindern — zurzeit tagt der Völkerbund in Genf! — sie wird aber nicht verhindern, daß die Saarbevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit aller Welt zu erkennen geben wird, daß sie treu und unbbeeinflußt trotz aller Verwelschungsversuche zum deutschen Mutterlande steht.

Französische Propaganda.

Bei der Prüfung der Lehrer und Lehrerinnen im französischen Sprachunterricht wurden die Prüflinge vom französischen Schulinspektor mit der Note „sehr gut“ bedacht, welche beim Uebersetzen den Satz anwandten: „Als Saarländer (in) bin ich in Frankreich sehr beliebt.“ — „Man sieht, überall System! Was würde wohl geschehen, wenn ein deutscher Lehrer im deutschen Saargebiet von seinen Kindern den Satz verlangte: Das Saargebiet und seine Bevölkerung war deutsch, ist deutsch und wird

immer deutsch bleiben! Auch in den von den Franzosen für ihre Angestellten und Arbeiter errichteten freiwilligen französischen Schulen wird nach allen Regeln der Kunst französische Propaganda getrieben. In diesen „freiwilligen französischen Schulen“ werden in allernächster Zeit neue Geschichtsbücher für das Saarland“ ausgegeben, welche zurzeit in Paris diktiert werden.

Die Franzosen versuchen also mit allen Mitteln, die Jugend zu vergiften und sie von ihrem deutschen Vaterland abwendig zu machen. Mit allen Mitteln will man Land und Leute gewinnen. Solange aber der Wille der Bevölkerung entscheidet, wird Frankreich trotz Herrn Rault das Saargebiet nicht gewinnen.

Bei dieser Gelegenheit kommen wir auf unseren Leitartikel: „Franzosen-Propaganda im deutschen Saargebiet“ in Nummer 15 vom 1. August 1921 zurück. Darin war unter den Vereinen usw., die der französischen Propaganda dienen, irrtümlich auch die „Saarolympia“ aufgeführt. Bei diesem Sportunternehmen handelt es sich jedoch nur um eine rein deutsche Gründung, deren Ursprung schon auf die Vorkriegszeit zurückgeht. Im Saargebiet machte die sportliche Entwicklung auf allen Gebieten bekanntlich vor dem Kriege rasche Fortschritte, so daß schon damals unter den Freunden des Fahrradsports der Gedanke einer Radrennbahn aufstachte. Besonders als der Plan erwogen wurde, die St. Arnualer Wiesen in größtem Umfang sportlichen Zwecken dienstbar zu machen, schien auch die Saarbrücker Radrennbahn deutlichere Formen anzunehmen. Der Krieg hat wie so vieles andere auch diesen Plan zunichte gemacht. Jetzt ist er neuerstanden und unter der Initiative deutscher Sportfreunde verwirklicht worden. Die Eigentümerin der „Saarolympia“ ist eine Aktiengesellschaft mit nur deutschem Kapital. Wir freuen uns, unseren Lesern diese Mitteilungen machen zu können, zeigen sie doch, daß der deutsche Sport an der Saar wie bisher sich die französische Propaganda hat fern halten können. Möge es immer so bleiben!

Gehaltsklassifizierung nach der Gesinnung!

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Saarbrücken fragte Stadtv. Gerhard (Soz.) die Verwaltung, ob ihr bekannt

sei, daß die Beamten, welche sich bis zum 1. Oktober naturalisierten, in die Gehaltsklasse A versetzt wurden, die übrigen davon in der Klasse B verblieben sollten; bei der Bergbehörde und der Post sei ein diesbezügliches Schriftstück eingelaufen. Der Vorsitzende antwortete, ein derartiges Schriftstück sei bei der Stadt bis zur Stunde noch nicht eingegangen.

Sollte sich die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigen — und nach dem bisherigen Verhalten der Saarregierung haben wir keine Veranlassung, daran zu zweifeln — so sollte doch die Frage erhoben werden, welche Schritte zu unternehmen sind, um die maßgebenden Instanzen für die besonderen Eigenheiten der Regierungskommission zu interessieren. Solche Rechtsbrüche und Vergewaltigungsakte, wie sie sich die Regierungskommission nun schon reichlich viel und oft geleistet hat, müssen eine Beschneidung der Verwaltungsbefugnisse nach sich ziehen, wenn der Völkerbund es ehrlich mit seinen demokratischen Prinzipien meint.

Die französisch-saarländische Handelskammer in Saarbrücken versucht, Industrie und Kaufmannschaft des Saargebiets zur Beschildigung der Lyoner Herbstmesse mit saardeutschen Erzeugnissen zu veranlassen. In Anzeigen in der Saar-Presse wird behauptet, durch diese Messe biete sich der saarländischen Industrie und dem Handel „die beste Gelegenheit, die momentane schwere Situation zu bekämpfen...“

Gerade die Lyoner Herbstmesse kommt für ihre saarländischen Erzeugnisse in Betracht.“ Die Absicht der französisch-saarländischen Handelskammer ist klar: Mit der Ausstellung saar-deutscher Erzeugnisse auf der Lyoner Messe will man genau denselben Mizbrauch treiben, wie man ihn mit der sogenannten „Saarländischen Adressen“, mit dem Zuge der „Saarois“ gelegentlich des französischen Nationalfestes im Jahre 1919 in Paris getrieben hat.

Eine treffliche Antwort. Die französische Firma Morrison in Paris hat in letzter Zeit Offeren nach Deutschland gesandt, in denen sie Thomasschalenmehl anbietet. Die Antwort, welche ihr die schlesischen Düngerwerke in Goldberg erteilten, verdient der Offenlichkeit bekanntgegeben zu werden. Sie lautet: Abgesehen davon, daß wir im Inlande Thomasmehl in hinreichen Mengen erhalten, müssen wir es strikt ablehnen, Handelsverbindungen mit einem Lande anzutänüpfen, deren Angehörige

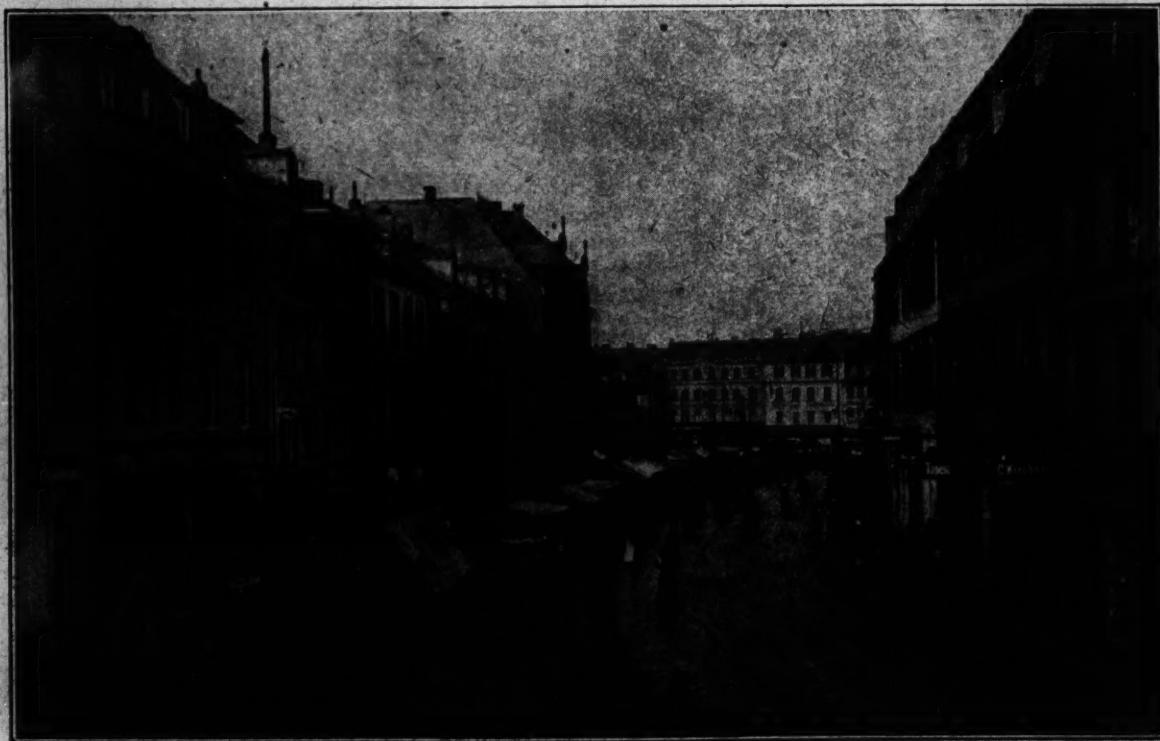
1. mit ihrer Regierung dahin einig sind, das deutsche Volk durch den Schandvertrag von Versailles zum Weißbluten zu bringen und selbst dessen Nachkommen noch in Sklaverei zu halten,

2. deren Kommission als Treuhänder in deutschen Landen (Oberschlesien) trotz feierlicher Verkündigung der Unparteilichkeit offen Partei für die Polen nimmt und deren Raubgelüste in jeder Weise unterstützt und so namenloses Elend über die friedliche deutsche Bevölkerung Oberschlesiens gebracht hat,

3. trotz dringender Proteste und Vorstellungen — auch von Seiten der Neutralen — weiter Vergewaltigungen von deutschen Frauen im besetzten Gebiet durch schwarze Franzosen duldet.

Das deutsche Volk ist auf dem besten Wege, durch all diese schreienden Ungerechtigkeiten zu einem nationalen Ganzen zusammengeschmiedet zu werden, und dankt für die Führerschaft der grande-culture-nation.

Das ist eine treffliche Antwort, für die jeder national denkende Deutsche Anerkennung zollen wird und die Nachahmung verdient.



Saarbrücken. „Markt St. Johann“.

Die Teuerung im Saargebiet.

In der außerordentlichen Sitzung des Hauptausschusses der Oberpreisprüfungskommission für das Saargebiet, die sich mit den Teuerungsverhältnissen im Saargebiet beschäftigte, machte Oberregierungsrat Fuhrmann bemerkenswerte Ausführungen, die den Standpunkt der Regierungskommission wiedergeben sollen. Die Ursachen der Teuerung werden danach vor allem auf die ungenügende Rohstoffversorgung zurückgeführt. Die Indexziffern der größeren Städte Deutschlands sind durchschnittlich um 15 bis 20 Prozent niedriger als diejenigen Saarbrückens. Vom 1. August 1914 bis 1. August 1921 hat sich die Indexziffer im Saargebiet um das Dreizehnfache erhöht. Als ein vielversprechendes Mittel, Erleichterungen zu schaffen, erachtet die Regierungskommission die Nachprüfung der amtlichen Höchstfakkulationssätze für den Lebensmittelgroß- und -kleinhandel. Oberregierungsrat Fuhrmann wandte sich dann vor allem dem unverantwortlichen Treiben der Bucherer und Schieber zu, gegen die jetzt mit strengerem Strafen vorgegangen würde. Er wünschte, daß jede

Verurteilung unter voller Nennung des Namens des Uebeltäters in der Presse zum Gegenstand einer Erörterung gemacht werden müsste. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im April 1921 2400 und im August nahezu 3000.

Als Maßnahme der Regierungskommission gegen die Teuerung nannte er folgende fünf Punkte:

1. Die örtlichen Preisprüfungsstellen sollen wieder neu entstehen und eine gegen früher verschärzte Kontrolle ausüben;
2. es sollen gegebenenfalls Landjäger zugezogen werden bei Ausübung der Kontrolle;
3. die am 2. Februar 1920 festgesetzten Kalkulationssätze sind nachzuprüfen;
4. das Sondergericht bleibt bestehen;
5. es wird sofort eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die das Weitere veranlassen soll.

Der Vorsitzende der Oberpreisprüfungskommission Herzberg wies auf folgende Skala über Teuerungsverhältnisse hin: Gegenüber dem Stande vom Juli 1914 macht sich in Amerika die Teuerung am allerwenigsten bemerkbar; gegenüber Juli 1914 ist dort nur eine Steigerung von 1,3 zu verzeichnen, in England von 2,4 bis 2,5, in Frankreich bewegt sich die Steigerung zwischen 3 und 4, in Deutschland dagegen macht sich eine 9- bis 10 malige Teuerung bemerkbar und im Saargebiet sind wir auf das Dreizehnfache angekommen.

Diese Auffstellung redet eine deutliche Sprache und zeigt die katastrophale Wendung, die die Währungskrise genommen hat.

In der ausgedehnten Besprechung wurde unter anderem gefordert: Herabsetzung der Kohlenpreise, demgemäß Verbilligung von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreisen, Herabsetzung der Frachtfüße bei der Eisenbahn, Milderung der Zollbehandlung usw. Bezirksleiter Hetterich von den Freien Gewerkschaften erklärte u. a. folgendes: Wenn keine Aenderung in dieser Hinsicht (Wenn die Beschlüsse der O.-P.-K. nicht die Unterstützung finden, wie es sein sollte. Red.) eintritt, werden wir von den freien Gewerkschaften aus der Preisprüfungskommission austreten und jede weitere Verantwortung ablehnen! An einem drastischen Beispiel (Neuwerungen von Kameraden christlicher Organisationen)

zeigte Hetterich, welchen Umfang die Empörung und Erbitterung auch in diesen Kreisen bereits angenommen hat. Angesichts des Beschlusses der Regierungskommission sah sich der Sekretär der freien Gewerkschaften, Hager, veranlaßt, auszurufen: Ich höre wohl die Worte, doch fehlt mir der Glaube! Gewerkschaftssekretär Kühnen betonte, daß ein erheblicher Teil der saarländischen Mehrfachten durch die Belastung der Ware mit Frankenzahlungen gebühren, Frankenfrachten und Grenzzuschläge verursacht werde. In Zeiten der Not, — in einer solchen befände sich das Saargebiet bereits heute — müßten ohne Rücksicht auf formelle Bedenken besondere Erleichterungen gewährt werden, um billigste Ware auf billigstem Wege zu beziehen. Auch müßten die unnützen Formalitäten verschwinden, die die deutschen Kaufleute hinderten, Waren nach dem Saargebiet einzuführen. Im übrigen seien alle diese Mittel nur Notbehelfs, nachdem man die Verhinderung der Währungskrise — nur um eine solche handele es sich — verabsäumt habe.

Die Ausführungen des Oberregierungsrats Fuhrmann

lassen deutlich erkennen, daß der Regierungskommission die Teuerungsverhältnisse außerordentlich unangenehm sind, da die Regierung weiß, daß sie letzten Endes für diese Teuerung die Verantwortung trägt. Bei den verschiedenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ist ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß die wirtschaftliche Krise und die damit in Zusammenhang stehende



Ottweiler (Bez. Trier). Der Schlossvielehhof, im Vordergrunde die Blies (1890).

Teuerung die Folge der gesteigerten Produktionskosten ist, weil dadurch die saarländischen Industrieprodukte nicht mehr konkurrenzfähig mit den übrigen deutschen Erzeugnissen sind. Die Produktionsverteuerung aber ist im wesentlichen auf die Einführung der Frankenzahlung im Saargebiet zurückzuführen. Das ist der Saarregierung — die dafür allein die Verantwortung trägt — in der genannten Sitzung der Oberpreisprüfungskommission auch sehr deutlich gesagt worden. Die Versuche, die die Regierungskommission zur Milderung der Teuerung vorschlägt, treffen den Kern der Sache nicht; denn der ist: Beseitigung der Währungskrise, d. h. Wiedererrichtung der Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Das ist das einzige Mittel, das sowohl die Wirtschaftskatastrophe aufhalten wie auch die Teuerung im Saargebiet beseitigen kann. Nach diesen Gesichtspunkten beurteilt auch die „Saarbrücker Zeitung“ die Situation, indem sie u. a. schreibt: Jedes auch noch so gutgemeinte Unterfangen in dieser Richtung wird aber zahlreichen Schwierigkeiten begegnen, weil die augenblickliche Lage kaum allgemein wirtschaftlichen Erscheinungen, sondern unseres Währungsverhältnissen entsprossen ist. Diese Erkenntnis läßt es fast ausgeschlossen erscheinen, daß dem Uebel mit restlos wirksamen Waffen zu Leibe gerückt werden kann. Solange das wirtschaftliche Leben des Saargebiets unter der Währungskrise steht, solange ist an eine Stabilisierung nicht zu denken. Das ist um so betrüblicher, als auch die beabsichtigte Lösung der Währungskrise eine Methode à la Dr. Eisenbart sein dürfte.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Eine Neuregelung des Pensionswesens im Saargebiet

ist im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich im Saargebiet durch die Schaffung einer sogenannten „Pensionsregelungsbörde“ erfolgt. Die Pressestelle der Saarregierung verbreitete hierüber folgende „Aufklärung“: Die für das Saargebiet zuständige Behörde war bisher in Trier. Die Gründung einer eigenen Behörde für das Saargebiet ist erfolgt, um hier die Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen schneller herbeizuführen und um die Vorschusszahlungen an die Hinterbliebenen zu beschleunigen und überhaupt ihre ordnungsmäßige Erledigung besser zu ermöglichen, z. B. Überzahlungen zu vermeiden. Die Vorschusszahlungen an die Hinterbliebenen haben bereits begonnen. Für diese Vorschusszahlungen sind von der Saarregierung zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Es handelt sich um Vorschüsse auf die den Hinterbliebenen nach dem neuerdings im Saargebiet eingeführten Reichsversorgungsgesetz zustehenden Gebühren. Am 20. v. Mts. haben das Hauptversorgungsamt und die Versorgungsbehörden mit der Umanerkennung der Renten begonnen. Bis alle Renten umanerkannt sind, werden voraussichtlich ein bis zwei Jahre vergehen. Die Vorschüsse haben nur den Zweck, Bedürftige sofort in den Besitz eines Teiles der Rente zu setzen. Die neue Festlegung der Renten hat im übrigen rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab, ebenso wie auch die dazugehörige neue Ortsklasseneinteilung des Saargebietes.

Der Landarmenverband des Saargebiets

wurde mit dem 1. September von Saarbrücken nach Saarlouis verlegt. Er untersteht auch weiterhin dem Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector. Es verlautet, daß später sowohl das saarländische Oberversicherungsamt als auch das Arbeitsamt der Regierungskommission nach Saarlouis verlegt werden sollte. Ferner ist die

Verlegung des Finanzamts Ottweiler nach Neunkirchen

durch die Regierungskommission verfügt worden. Die Verlegung soll nach Beendigung der Veranlagung für das Steuerjahr 1921 im Bezirk des genannten Finanzamtes erfolgen. Der Bezirk Neunkirchen umfaßt sämtliche Bürgermeistereien des Kreises Ottweiler mit Ausnahme der Bürgermeistereien von Tholey und Ottweiler-Stadt, welche dem Finanzamt in St. Wendel angegliedert werden.

Vom Saar-Innungswesen.

Die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schneidehandwerk der Bürgermeisterei Völklingen, Püttlingen, Ludweiler und Gersweiler mit dem Sitz in Völklingen ist von einer Anzahl selbstständiger Schneider aus dem genannten Bezirk beantragt worden. Ebenso hat eine Anzahl selbstständiger Schreiner der Bürgermeistereien Völklingen, Ludweiler, Püttlingen, Riegelsberg und Heusweiler die Errichtung einer Zwangsinning für das Schreinerhandwerk mit dem Sitz in Völklingen beantragt. Für das Dachdeckerhandwerk des Saargebietes ist ein Meisterprüfungsausschuß mit dem Sitz in Saarbrücken errichtet worden. Auf Vorschlag der Handwerkskammer wurde der Stadtbaumeister Ludwig Knipper zum Vorsitzenden ernannt. — Für die gewerbliche Vertretung des saarpfälzischen Gebietes wird der Errichtung von Zwangsinningen für das Friseurgewerbe in den Bezirken St. Ingbert und Homburg, sowie für das Bäckergewerbe im Kreise St. Ingbert näher getreten.

Zollfreie Alkohol-Ausfuhr.

Infolge der Besprechungen der Brennereiverbände des Saarbezirkes mit der Hauptzollstelle der Rheinlandkommission in Koblenz ist das Einfuhrverbot für saarländischen, nach dem besetzten Rheinland gehenden Alkohol aufgehoben. In Zukunft können diese Erzeugnisse zollfrei nach den besetzten Gebieten ausgeführt werden.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Oberste Polizeiverwaltung hat folgendes verfügt: Um der Arbeitslosigkeit im Saargebiet nach Kräften zu steuern und um diesseitige zeitraubende Rückfragen möglichst vermeiden zu können, ist es empfehlenswert, wenn die Ortsbehörden ihrer Stellungnahme zu Anträgen auf Genehmigung des dauernden Aufenthalts für Arbeiter und Handwerker eine vorher zu jedem Antrag besonders eingeholte Neuferierung des örtlichen Arbeitsnachweises beifügen oder hier vorlegen. Die Einstellung von „Nichtsaarländern“ kann, so lange noch Einheimische arbeitslos sind, nicht erfolgen. Bei Arbeitern besonderer hier nicht ansässiger Berufsgruppen kann die Einreise und Aufenthalts-Bescheinigung nur von hier befürwortet werden, falls solche hier nicht gemeldet sind.

Gegen die beabsichtigte geteilte Arbeitszeit.

Eine von über 100 Funktionären des Deutschen Eisenbahnerverbandes besuchte Versammlung in Saarbrücken erhob Einspruch gegen die in den Eisenbahnwerken Burbach und St. Wendel beabsichtigte Einführung der geteilten Arbeitszeit. In einer Entschließung heißt es, der Verband sei der Ansicht, daß durch die Einführung der geteilten Arbeitszeit sowohl für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes wie auch für die Bediensteten selbst Nachteile entstünden. Durch die Einführung der Akkordarbeit sei die Arbeitsleistung bereits mindestens auf die frühere Höhe gesteigert worden, die Neueinführung würde nur schädlich wirken.

Kleine wirtschaftliche Nachrichten.

In der Generalversammlung der Saar-Genossenschaftsbank (Gersweiler Sparkasse) e. G. m. b. H. vom 31. August wurde die Dividende auf 10 Prozent festgesetzt, den Rücklagen 200 000 M. überwiesen, wodurch diese 1 000 000 M. erreichten und die Haftsumme der Mitglieder von 3000 auf 5000 Mark erhöht, so daß nunmehr eigenes Kapital und Haftsumme zusammen rund 7 000 000 M. betragen. Der Umsatz stieg von 1,04 Milliarden Mark auf 5,9 Milliarden Mark. Die Bilanzsumme von 44 Millionen Mark auf 88 Millionen Mark. Spareinlagen und Depositen stiegen von 42 Millionen Mark auf 77 Millionen Mark. Die Geschäftsaussichten für das laufende Jahr werden, soweit dies bei den Verhältnissen im Saargebiet vorausgesagt werden kann, als nicht ungünstig bezeichnet. Der Umsatz erreichte Ende August mit 10 Milliarden Mark fast das doppelte des Gesamtvorjahres. Die Bilanzsumme (Betriebskapital) übersteigt 100 Millionen Mark. — Die Tabakfabriken im Saarland haben in der letzten Zeit infolge der Zollverhältnisse sich bedeutend vermehrt, ihre Zahl hat 50 bereits überschritten gegenüber nur wenigen Betrieben vordem. — In der letzten Ausschusssitzung der Pfälzischen Pulverfabriken A.-G. St. Ingbert wurde beschlossen, der am 29. September stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 15 Prozent in Vorschlag zu bringen. — Die christlichen Gewerkschaften Mittelbexbach, Oberbexbach und Frankenholz haben eine eigene Einlauffgenossenschaft gegründet, um billige Lebensmittel für ihre Mitglieder einzukaufen. Als Einlauff für Mitgliedschaft zeichnete ein jedes Mitglied 100 M. — Die Häuteverwertung Saarbrücken beginnt ihr 25jähriges Jubiläum. — Die Schürfungen der neuen Kohlenlager in der Gemarkung Alsenz sind im Gange. Man rechnet auf ein reiches Vorkommen von Kohle, besonders in größerer Tiefe.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Für die Armen der Stadt Saarbrücken stiftete Herr Christian Schulz aus San Francisco 10 000 M. Die Stadtverordneten nahmen die Stiftung für den angegebenen Zweck mit Dank an. — Eine Verwaltungsbeamten-Schule für das Saargebiet soll am 1. Oktober d. J. in Saarbrücken eröffnet werden. Träger dieser Schule sind bis jetzt die Kreise Saarbrücken-Stadt und -Land. Mit dem Hinzutreten weiterer Kreise wird gerechnet. Wahrscheinlich wird sie nach denjenigen in Düsseldorf und Dortmund ausgebaut werden. Zum Leiter ist Oberstadtskretär a. D. Felix van Hoffen in Aussicht genommen. — Seit dem 15. März existiert in Saarbrücken ein Polizeitechnisches Laboratorium mit Kriminalmuseum für das Saargebiet, das der obersten Polizeiverwaltung direkt unterstellt ist. Die Leitung dieser Abteilung wurde dem Kriminalkommissar Motelli anvertraut. — Die Obere Preisprüfungskommission ernannte eine Kommission zur Überwachung der Bierpreise. — Nach Mitteilung der „Homburger Zeitung“ gibt es im ganzen Saargebiet nur einen Rabbiner, nämlich Dr. Oldenburger in Saarbrücken, der Franzose ist. — In der Nacht vom 25. auf 26. Oktober wird im Saargebiet wieder wie im Vorjahr die westeuropäische Normalzeit eingeführt. — Die Freie Bauernschaft des Saargebietes veranstaltete vom 3. bis 5. d. M. ihren Bauerntag durch Festbankett, Festzug, durch landwirtschaftliche Pferderennen, Fohlenprämierung und Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Sieger beim Hauptpferderennen wurde Herr Krutsch aus Altforweiler. — Zu einem besonders gelungenen und originellen Fest gestaltete sich der vom „Trierischen Bauernverein“ in Lebach veranstaltete Bauerntag. Der Verkehrsverein für das Saargebiet, der sich an den Vorbereitungen des Festes beteiligt hatte, hatte die Idee des Bauertages dazu verwertet, den durch die Kriegsverhältnisse weniger bedeutend gewordenen Mariä-Geburtsmarkt auf die alte Höhe zu bringen. Viel beachtet und bewundert wurde der große Festzug mit teilweise sehr originellen alten

Volkstypen und lokal-historischen Sinnbildern. — Eine große landwirtschaftliche Ausstellung fand am 10., 11. und 12. September in St. Wendel statt. Mit ihr war eine Preisschau für Groß- und Kleinvieh, Obst- und Gartenbau, landwirtschaftliche Maschinen, Motoren und Geräte verbunden. — Zur Hebung der innerländischen Viehzucht und zur Belebung des Blieskasteler Viehmarktes hielten die landwirtschaftlichen Bezirksverbände St. Ingbert und Homburg am Dienstag, 6. September, vormittags, im Hof des Parkhotels zu Blieskastel eine Tierchau mit Preisverteilung ab. Es waren etwa 50 Stück schönes Rindvieh angetrieben. Davon konnten 24 mit Preisen bedacht werden. —

Als Leiter des Schauspiels im Saarbrücker Stadttheater wurde Direktor Berstel-Bielefeld verpflichtet. Intendant Tietjen-Trier wird die Oper leiten. — Die Wohnungsnot im Saargebiet ist noch immer außerordentlich drückend. Die für das Stadttheater Saarbrücken engagierten Künstler können keine Wohnung fin-

den, so daß die Direktion vor der Alternative steht, entweder den Betrieb des Theaters einzustellen oder den Künstlern Wohnungen zuzuweisen. Sie sucht deshalb in den Zeitungen Kunstreunde, die ihre Liebe zur Kunst dadurch offenbaren sollen, daß sie einem Mitglied des Theaters Unterschlupf gewähren. — Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe beschäftigte auch eine öffentliche Versammlung, zu der die Stadtverwaltung Saarbrücken eingeladen hatte. Der Versuch der Stadtverwaltung, die Bautätigkeit durch den Erlass einer eigenen Zuschußordnung anzuregen, hat nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt. Im Januar d. J. wurde deshalb der Wohnungsbauberverband der Gemeinden des Saargebiets gegründet, der sich eine neue Zuschußordnung schuf, die jedoch ebenfalls nicht zum Ziele führte. Jetzt hat die Regierungskommission eine Abänderung dieser Zuschußordnung vorgenommen, die in der genannten Sitzung erläutert wurde. Zuschüsse werden nur für billige, d. h. nur für kleine einfache Wohnungen gewährt. Die Zuschüsse betragen bis zu 175 Frank für jeden Quadratmeter. — Mit derselben Frage beschäftigte sich auch die Gemeinschaft Ottweiler. — In St. Ingbert sind die Vorarbeiten der Baugenossenschaft für den Neubau von Wohnhäusern soweit gediehen, daß der Antrag auf Gewährung von Beihilfedarlehen in kurzer Zeit an den Wohnungsbauverband abgehen wird. Bezuglich der Platzfrage ist die Baugenossenschaft grundsätzlich geneigt, in Verbindung mit der Stadtgemeinde neues Gelände für eine Siedlung im Laufe der nächsten Jahre aufzuschließen, doch sollen auch Wohnungen innerhalb der Stadt auf geeignetem Gelände errichtet werden. In Mittelbergbach sind bis jetzt vier Häuser fertig. Dieses Jahr sollen noch weitere zwölf in Angriff genommen werden. In Oberbergbach sind sieben Häuser fertig und eine höhere Anzahl begonnen worden. — Die Gemeinde Wemmetsweiler soll mit elektrischem Licht versorgt werden; sie tritt zu diesem Zweck dem Zweckverband Weihertal bei. — Der Oberstaatsanwalt Saarbrücken setzt 30 000 Mark Belohnung aus für Aufklärungen über die Entstehungsursachen des Schloßbrandes in Mettlach. — Von Karlsbrunn aus soll eine Autoverbindung nach den abschreitenden und einlaufenden Bügen in Groß-Rosseln geschaffen werden, die die Orte Karlsbrunn, St. Niflas, Nasweiler, Emmersweiler und Groß-Rosseln umfassen soll. — Der erste Viehmarkt in der Saarpfalz wurde am 6. September in Blieskastel abgehalten. — Herr Willi Isemann aus New York, ein Besitzer des Kaufmanns Eyer in Homburg, hat der protestantischen Kirchengemeinde 87 000 Mark für die beiden größten Glocken zur Verfügung gestellt. — In St. Ingbert wurde das jüngste Brautpaar getraut, seit das dortige Standesamt

besteht. Der Bräutigam zählte 19, die Braut 16 Jahre. Gleichzeitig wird aus St. Ingbert gemeldet, daß dort seit vierzehn Tagen kein Mensch gestorben ist. Der „St. Ingberter Anzeiger“ glaubt, daß dieser Fall nicht vorgekommen ist, so lange St. Ingbert Stadt ist. — In Bous sind die von den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf der Kirchengemeinde Bous gestifteten vier Glocken eingetroffen und geweiht worden. Auch in Wellesweiler fand die feierliche Weihe der neuen Glocke der evangelischen Kirche unter zahlreicher Beteiligung der Gemeinde statt. — Die Haussammelungen für das in Spielen geplante Denkmal der im Weltkriege Gefallenen haben trotz der ablehnenden Haltung verschiedener Kreise den recht ansehnlichen Betrag von annähernd 12 000 M. erbracht. — In der Pfarrkirche Oberthal wurde der zu Ehren der gefallenen Helden der Pfarrei errichtete Kriegergedenkaltar eingeweiht. — In Homburg wurden die beiden Gedächtnistafeln für die gefallenen evangelischen

Helden in der evangelischen Kirche enthüllt. — Der Industrieverband Westpfalz, Ortsgruppe Homburg, bewilligte hierzu 3000 M., ebenso zur Unterstützung der Turntische im Bezirk Homburg 500 M. Auf dem Friedhof in Außen, Kreis Saarlouis, fand die Enthüllung des Denkmals für die im Kriege gefallenen Helden statt. — Der Aufsichtsrat der Firma Gebr. Stumm G. m. b. H., Neunkirchen (der alten Firma), hat zur Linderung der Not unter den Pensionsempfängern des Neunkirchener Knappenschaftsvereins ein Kapital von 4 Millionen Mark gestiftet. — Beim Hantieren mit einem geladenen Revolver wurde der 13 Jahre alte Kellner aus Bous erschossen. — In Jägersburg bei Homburg erschlug in der Notwehr der pensionierte Bergmann Friedrich Ringiesen seinen 32 jährigen Sohn, der sich in gemeiner Weise gegen seinen 70 jährigen Vater tatsächlich vergrißt hatte. — Wie verlautet, soll das Hotel Hoffmann in Metzig für die Summe von annähernd 4000 Dollar (etwa 320 000 Mark) an den Deutschamerikaner Reinert verkauft worden sein. Mit dem jetzigen Pächter, Herrn Gottfries, wird ein weiterer Pachtvertrag abgeschlossen. — Die Wirtschaft „Zum Roten Haus“ in St. Wendel ging zum Preise von 187 500 Mark in den Besitz der Frau W. Zimmer aus Winterbach über.

Der siebzehn Jahre alte

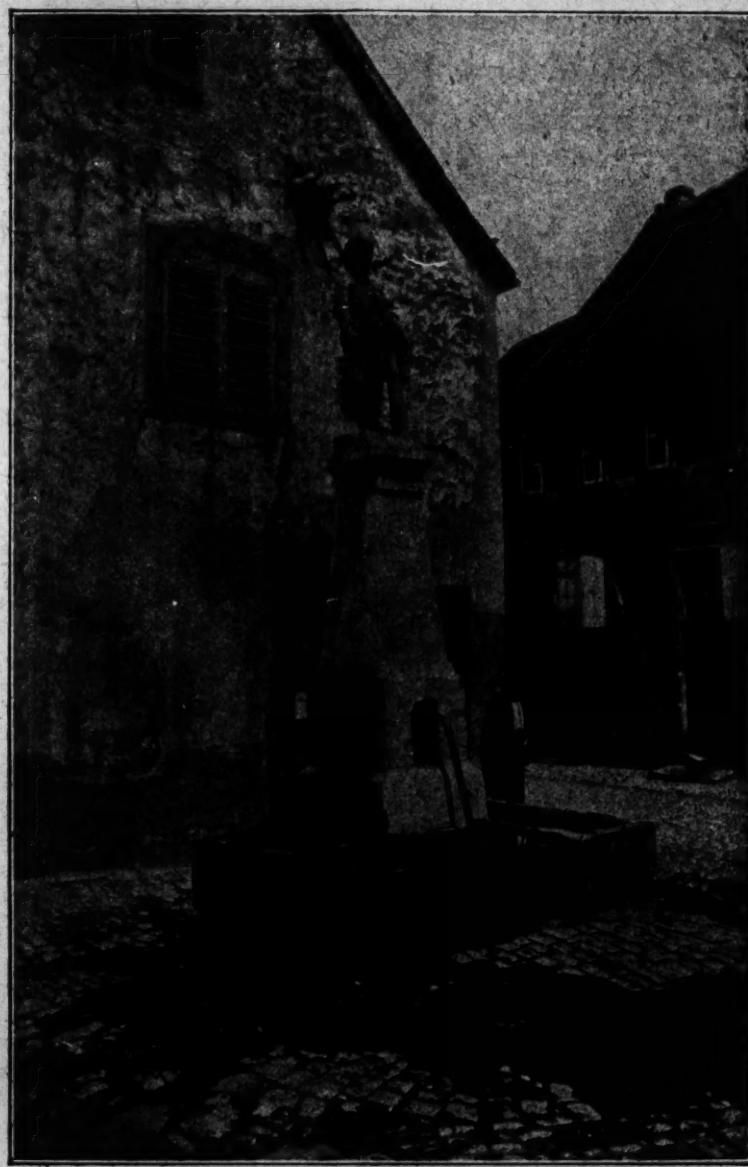
Sohn Otto des Oberkriminal-

wachtmeisters Meinisch in

der Schillstraße zu Mal-

stadt rettete ein 4 Jahre altes Mädchen aus der Saar vom Tode des Ertrinkens. — Der 12 jährige Sohn des Eisenbahnschmieds Leismann in St. Wendel rettete das vier Jahre alte Töchterchen des Eisenbahnschmieds Weber in St. Wendel unter Einsetzung seines Lebens aus dem Lotbach. — Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets spricht dem Obersekretär der staatlichen Oberrealschule in Saarbrücken, Waldemar Köster, für das bei der Errettung des Bureaulehrlings Josef Göbel aus Sulzbach-Saar vom Tode des Ertrinkens am 25. Mai dieses Jahres an den Tag gelegte Pflichtbewußtsein und für den Mut, den er bei dieser gefahrsvollen und braven Tat gezeigt hat, seine Anerkennung aus. Der jugendliche Retter hat mit dieser Rettung seine dritte Lebensrettung Ertrinkender vollbracht.

Die Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken setzte für Gas und Wasser für die Monate August, September und Oktober folgende Preise fest: Für Gas im Stadtbezirk St. Johann 2 M. das Kubm., in den Stadtbezirken Malstatt-Burbach und Saarbrücken 2,20 M. das Kubm., und für Wasser im Stadtbezirk St. Johann 2 M. das Kubm., in den Stadtbezirken Malstatt-Burbach und Saarbrücken 2,30 M. das Kubm. Die



Herkules-Brunnen in Blieskastel.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Eine Neuregelung des Pensionswesens im Saargebiet

ist im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich im Saargebiet durch die Schaffung einer sogenannten „Pensionsregelungshörd e“ erfolgt. Die Pressestelle der Saarregierung verbreitete hierüber folgende „Aufklärung“: Die für das Saargebiet zuständige Behörde war bisher in Trier. Die Gründung einer eigenen Behörde für das Saargebiet ist erfolgt, um hier die Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen schneller herbeizuführen und um die Vorschuzzahlungen an die Hinterbliebenen zu beschleunigen und überhaupt ihre ordnungsmäßige Erledigung besser zu ermöglichen, z. B. Überzahlungen zu vermeiden. Die Vorschuzzahlungen an die Hinterbliebenen haben bereits begonnen. Für diese Vorschuzzahlungen sind von der Saarregierung zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Es handelt sich um Vorschüsse auf die den Hinterbliebenen nach dem neuerdings im Saargebiet eingeführten Reichsversorgungsgesetz zustehenden Gebühren. Am 20. v. Mts. haben das Hauptversorgungsamt und die Versorgungsbehörden mit der Umanerkennung der Renten begonnen. Bis alle Renten umanerkannt sind, werden voraussichtlich ein bis zwei Jahre vergehen. Die Vorschüsse haben nur den Zweck, Bedürftige sofort in den Besitz eines Teiles der Rente zu setzen. Die neue Festsetzung der Renten hat im übrigen rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab, ebenso wie auch die dazugehörige neue Ortsklasseneinteilung des Saargebietes.

Der Landarmenverband des Saargebiets

wurde mit dem 1. September von Saarbrücken nach Saarlouis verlegt. Er untersteht auch weiterhin dem Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector. Es verlautet, daß später sowohl das saarländische Oberversicherungsamt als auch das Arbeitsamt der Regierungskommission nach Saarlouis verlegt werden solle. Ferner ist die

Verlegung des Finanzamts Ottweiler nach Neunkirchen

durch die Regierungskommission verfügt worden. Die Verlegung soll nach Beendigung der Veranlagung für das Steuerjahr 1921 im Bezirk des genannten Finanzamtes erfolgen. Der Bezirk Neunkirchen umfaßt sämtliche Bürgermeistereien des Kreises Ottweiler mit Ausnahme der Bürgermeistereien von Tholey und Ottweiler-Stadt, welche dem Finanzamt in St. Wendel angegliedert werden.

Vom Saar-Innungsweisen.

Die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schneidehandwerk der Bürgermeisterei Völklingen, Büttlingen, Ludweiler und Gersweiler mit dem Sitz in Völklingen ist von einer Anzahl selbständiger Schneider aus dem genannten Bezirk beantragt worden. Ebenso hat eine Anzahl selbständiger Schreiner der Bürgermeistereien Völklingen, Ludweiler, Büttlingen, Niegelsberg und Heusweiler die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schreinerhandwerk mit dem Sitz in Völklingen beantragt. Für das Dachdeckerhandwerk des Saargebietes ist ein Meisterprüfungsausschuß mit dem Sitz in Saarbrücken errichtet worden. Auf Vorschlag der Handwerkskammer wurde der Stadtbaumeister Ludwig Knipper zum Vorsitzenden ernannt. — Für die gewerbliche Vertretung des saarpfälzischen Gebietes wird der Errichtung von Zwangsinnungen für das Friseurgewerbe in den Bezirken St. Ingbert und Homburg, sowie für das Bädergewerbe im Kreise St. Ingbert näher getreten.

Zollfreie Alkohol-Ausfuhr.

Infolge der Besprechungen der Brennereiverbände des Saarbezirks mit der Haupzollstelle der Rheinlandkommission in Koblenz ist das Einfuhrverbot für saarländische, nach dem besetzten Rheinland gehenden Alkohol aufgehoben. In Zukunft können diese Erzeugnisse zollfrei nach den besetzten Gebieten ausgeführt werden.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Oberste Polizeiverwaltung hat folgendes verfügt: Um der Arbeitslosigkeit im Saargebiet nach Kräften zu steuern und um diesseitige zeitraubende Rückfragen möglichst vermeiden zu können, ist es empfehlenswert, wenn die Ortsbehörden ihrer Stellungnahme zu Anträgen auf Genehmigung des dauernden Aufenthalts für Arbeiter und Handwerker eine vorher zu jedem Antrag besonders eingeholte Neuherstellung des örtlichen Arbeitsnachweises beifügen oder hier vorlegen. Die Einstellung von „Nichtsaarländern“ kann, so lange noch Einheimische arbeitslos sind, nicht erfolgen. Bei Arbeitern besonderer hier nicht ansässiger Berufsgruppen kann die Eintreise und Aufenthalts-Bescheinigung nur von hier befürwortet werden, falls solche hier nicht gemeldet sind.

Gegen die beabsichtigte geteilte Arbeitszeit.

Eine von über 100 Funktionären des Deutschen Eisenbahnerverbandes besuchte Versammlung in Saarbrücken erhob Einspruch gegen die in den Eisenbahnwerkstätten Burbach und St. Wendel beabsichtigte Einführung der geteilten Arbeitszeit. In einer Entschließung heißt es, der Verband sei der Ansicht, daß durch die Einführung der geteilten Arbeitszeit sowohl für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes wie auch für die Bediensteten selbst Nachteile entstünden. Durch die Einführung der Akkordarbeit sei die Arbeitsleistung bereits mindestens auf die frühere Höhe gesteigert worden, die Neueinführung würde nur schädlich wirken.

Kleine wirtschaftliche Nachrichten.

In der Generalversammlung der Saar-Genossenschaftsbank (Gersweiler Sparkasse) e. G. m. b. H. vom 31. August wurde die Dividende auf 10 Prozent festgesetzt, den Rücklagen 200 000 M. überwiesen, wodurch die 1 000 000 M. erreichten und die Haftsumme der Mitglieder von 3000 auf 5000 Mark erhöht, so daß nunmehr eigenes Kapital und Haftsumme zusammen rund 7 000 000 M. betragen. Der Umsatz stieg von 1,04 Milliarden Mark auf 5,9 Milliarden Mark. Die Bilanzsumme von 44 Millionen Mark auf 86 Millionen Mark. Spareinlagen und Depositen stiegen von 42 Millionen Mark auf 77 Millionen Mark. Die Geschäftsaussichten für das laufende Jahr werden, soweit dies bei den Verhältnissen im Saargebiet vorausgesagt werden kann, als nicht ungünstig bezeichnet. Der Umsatz erreichte Ende August mit 10 Milliarden Mark fast das doppelte des Gesamtvorjahres. Die Bilanzsumme (Betriebskapital) übersteigt 100 Millionen Mark. — Die Tabakfabriken im Saarland haben in der letzten Zeit infolge der Zollverhältnisse sich bedeutend vermehrt, ihre Zahl hat 50 bereits überschritten gegenüber nur wenigen Betrieben vordem. — In der letzten Aussichtsratssitzung der Pfälzischen Pulverfabriken A.-G. St. Ingbert wurde beschlossen, der am 29. September stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 15 Prozent in Vorschlag zu bringen. — Die christlichen Gewerkschaften Mittelbexbach, Oberbexbach und Frankenholz haben eine eigene Einkaufsgenossenschaft gegründet, um billige Lebensmittel für ihre Mitglieder einzukaufen. Als Einsatz für Mitgliedschaft zeichnete ein jedes Mitglied 100 M. — Die Häuteverwertung Saarbrücken beginnt ihr 25jähriges Jubiläum. — Die Schürfungen der neuen Kohlenlager in der Gemarkung Alsenz sind im Gange. Man rechnet auf ein reiches Vorkommen von Kohle, besonders in größerer Tiefe.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Für die Armen der Stadt Saarbrücken stiftete Herr Christian Schulz aus San Francisco 10 000 M. Die Stadtverordneten nahmen die Stiftung für den angegebenen Zweck mit Dank an. — Eine Verwaltungsbeamten-Schule für das Saargebiet soll am 1. Oktober d. J. in Saarbrücken eröffnet werden. Träger dieser Schule sind bis jetzt die Kreise Saarbrücken-Stadt und -Land. Mit dem Hinzutreten weiterer Kreise wird gerechnet. Wahrscheinlich wird sie nach denjenigen in Düsseldorf und Dortmund ausgebaut werden. Zum Leiter ist Oberstadtssekretär a. D. Felix van Hoff in Aussicht genommen. — Seit dem 15. März existiert in Saarbrücken ein Polizeitechnisches Laboratorium mit Kriminalmuseum für das Saargebiet, das der obersten Polizeiverwaltung direkt unterstellt ist. Die Leitung dieser Abteilung wurde dem Kriminalkommissar Motelli übertraut. — Die Oberpreisprüfungskommission ernannte eine Kommission zur Überwachung der Bierpreise. — Nach Mitteilung der „Homburger Zeitung“ gibt es im ganzen Saargebiet nur einen Rabbiner, nämlich Dr. Oldenburger in Saarbrücken, der Franzose ist. — In der Nacht vom 25. auf 26. Oktober wird im Saargebiet wieder wie im Vorjahr die westeuropäische Normalzeit eingeführt. — Die Freie Bauernschaft des Saargebietes veranstaltete vom 3. bis 5. d. M. ihren Bauerntag durch Festbankett, Festzug, durch landwirtschaftliche Pferderennen, Fohlenprämierung und Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Sieger beim Hauptpferderennen wurde Herr Krutsch aus Altformweiler. — Zu einem besonders gelungenen und originellen Fest gestaltete sich der vom „Trierischen Bauernverein“ in Lebach veranstaltete Bauerntag. Der Verkehrsverein für das Saargebiet, der sich an den Vorbereitungen des Festes beteiligt hatte, hatte die Idee des Bauertages dazu verwertet, den durch die Kriegsverhältnisse weniger bedeutend gewordenen Mariä-Geburtsmarkt auf die alte Höhe zu bringen. Viel beachtet und bewundert wurde der große Festzug mit teilweise sehr originellen alten

Volkstypen und lokal-historischen Sinnbildern. — Eine große landwirtschaftliche Ausstellung fand am 10., 11. und 12. September in St. Wendel statt. Mit ihr war eine Preisschau für Groß- und Kleinvieh, Obst- und Gartenbau, landwirtschaftliche Maschinen, Motoren und Geräte verbunden. — Zur Hebung der inländischen Viehzucht und zur Belebung des Blieskasteler Viehmarktes hielten die Landwirtschaftlichen Bezirksverbände St. Ingbert und Homburg am Dienstag, 6. September, vormittags, im Hofe des Parkhotels zu Blieskastel eine Tierchau mit Preisverteilung ab. Es waren etwa 50 Stück schönes Rindvieh angetrieben. Davon konnten 24 mit Preisen bedacht werden. —

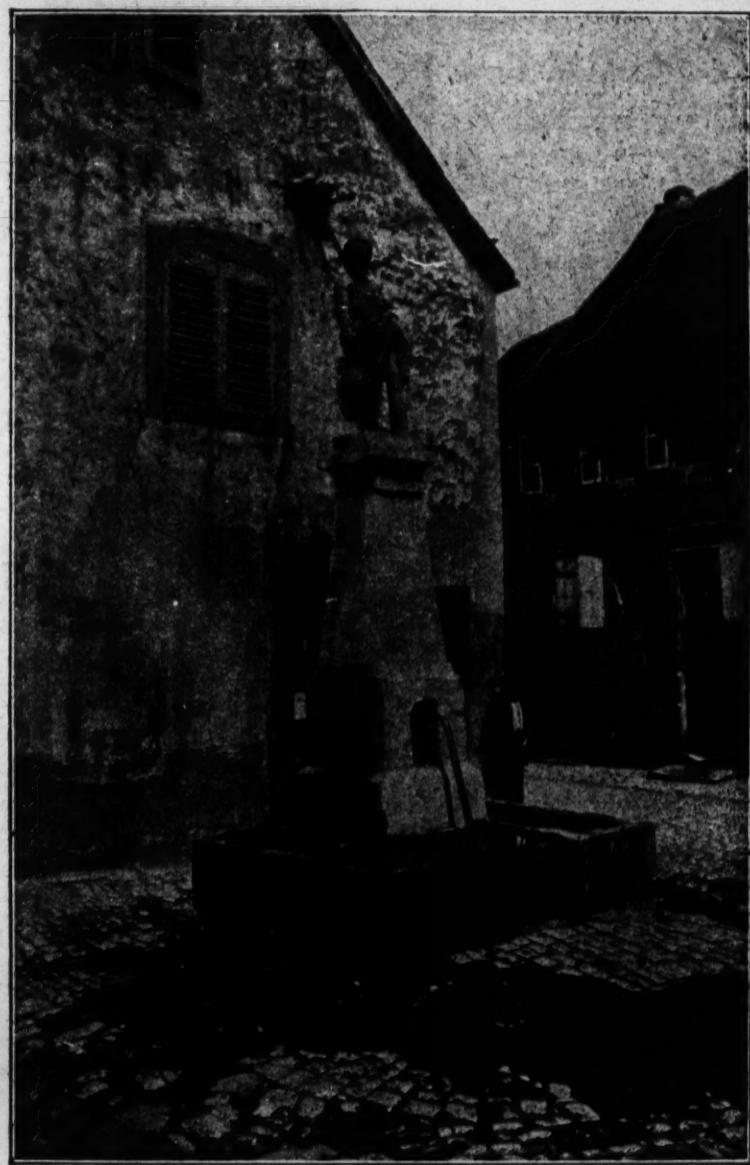
Als Leiter des Schauspiels im Saarbrücker Stadttheater wurde Direktor Berstel-Bielefeld verpflichtet. Intendant Tietjen-Trier wird die Oper leiten. — Die Wohnungsnot im Saargebiet ist noch immer außerordentlich drückend. Die für das Stadttheater Saarbrücken engagierten Künstler können keine Wohnung finden, so daß die Direktion vor der Alternative steht, entweder den Betrieb des Theaters einzustellen oder den Künstlern Wohnungen zuzuweisen.

Sie sucht deshalb in den Zeitungen Kunstreunde, die ihre Liebe zur Kunst dadurch offenbaren sollen, daß sie einem Mitglied des Theaters Unterschlupf gewähren. — Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe beschäftigte auch eine öffentliche Versammlung, zu der die Stadtverwaltung Saarbrücken eingeladen hatte. Der Versuch der Stadtverwaltung, die Bautätigkeit durch den Erlass einer eigenen Zuschußordnung anzuregen, hat nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt. Im Januar d. J. wurde deshalb der Wohnungsbauberverband der Gemeinden des Saargebiets gegründet, der sich eine neue Zuschußordnung schuf, die jedoch ebenfalls nicht zum Ziele führte. Jetzt hat die Regierungskommission eine Abänderung dieser Zuschußordnung vorgenommen, die in der genannten Sitzung erläutert wurde. Zuschüsse werden nur für billige, d. h. nur für kleine einfache Wohnungen gewährt. Die Zuschüsse betragen bis zu 175 Frank für jeden Quadratmeter. — Mit derselben Frage beschäftigte sich auch die Gemeinnützige Baugenossenschaft Ottweiler. — In St. Ingbert sind die Vorarbeiten der Baugenossenschaft für den Neubau von Wohnhäusern soweit gediehen, daß der Antrag auf Gewährung von Beihilfedarlehen in kürzer Zeit an den Wohnungsbauberverband abgehen wird. Bezuglich der Platzfrage ist die Baugenossenschaft grundsätzlich geneigt, in Verbindung mit der Stadtgemeinde neues Gelände für eine Siedlung im Laufe der nächsten Jahre aufzusuchen, doch sollen auch Wohnungen innerhalb der Stadt auf geeignetem Gelände errichtet werden. In Mittelberbach sind bis jetzt vier Häuser fertig. Dieses Jahr sollen noch weitere zwölf in Angriff genommen werden. In Oberberbach sind sieben Häuser fertig und eine größere Anzahl begonnen worden. — Die Gemeinde Wemmetsweiler soll mit elektrischem Licht versorgt werden; sie tritt zu diesem Zweck dem Zweckverband Weihertal bei. — Der Oberstaatsanwalt Saarbrücken setzt 30 000 Mark Belohnung aus für Aufklärungen über die Entstehungsursachen des Schloßbrandes in Mettlach. — Von Karlsbrunn aus soll eine Autobahn nach den absahrenden und einlaufenden Jügen in Groß-Rosseln geschaffen werden, die die Orte Karlsbrunn, St. Niklas, Nasweiler, Emmersweiler und Groß-Rosseln umfassen soll. — Der erste Viehmarkt in der Saarpfalz wurde am 6. September in Blieskastel abgehalten. — Herr Willi Isemann aus New York, ein Vetter des Kaufmanns Eyer in Homburg, hat der protestantischen Kirchengemeinde 87 000 Mark für die beiden größten Glocken zur Verfügung gestellt. — In St. Ingbert wurde das jüngste Brautpaar getraut, seit das dortige Standesamt

besteht. Der Bräutigam zählte 19, die Braut — 16 Jahre. Gleichzeitig wird aus St. Ingbert gemeldet, daß dort seit vierzehn Tagen kein Mensch gestorben ist. Der „St. Ingbertter Anzeiger“ glaubt, daß dieser Fall nicht vorgekommen ist, so lange St. Ingbert Stadt ist. — In Bous sind die von den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf der Kirchengemeinde Bous gestellten vier Glocken eingetroffen und geweiht worden. Auch in Wellesweiler fand die feierliche Weihe der neuen Glocke der evangelischen Kirche unter zahlreicher Beteiligung der Gemeinde statt. — Die Haussammlungen für das in Spiesen geplante Denkmal der im Weltkriege Gefallenen haben trotz der ablehnenden Haltung verschiedener Kreise den recht ansehnlichen Betrag von annähernd 12 000 M. erbracht. — In der Pfarrkirche Oberthal wurde der zu Ehren der gefallenen Helden der Pfarrei errichtete Kriegergedenkaltar eingeweiht. — In Homburg wurden die beiden Gedächtnistafeln für die gefallenen evangelischen Helden in der evangelischen Kirche enthüllt. — Der Industrieverband Westpfalz, Ortsgruppe Homburg, bewilligte hierzu 3000 M., ebenso zur Unterstützung der Turnersche im Bezirk Homburg 500 M. Auf dem Friedhof in Auhen, Kreis Saarlouis, fand die Enthüllung des Denkmals für die im Kriege gefallenen Helden statt. — Der Aufsichtsrat der Firma Gebr. Stumm G. m. b. H., Reunstichen (der alten Firma), hat zur Linderung der Not unter den Pensionsempfängern des Neunkirchener Knappenschaftsvereins ein Kapital von 4 Millionen Mark gestiftet. — Beim Säntieren mit einem geladenen Revolver wurde der 13 Jahre alte Keltel aus Bous erschossen. — In Jägersburg bei Homburg erschlug in der Notwehr der pensionierte Bergmann Friedrich Ringeisen seinen 32 jährigen Sohn, der sich in gemeiner Weise gegen seinen 70 jährigen Vater tatsächlich vergriffen hatte. — Wie verlautet, soll das Hotel Hoffmann in Merzig für die Summe von annähernd 4000 Dollar (etwa 320 000 Mark) an den Deutscherikaner Reinert verkauft worden sein. Mit dem jetzigen Pächter, Herrn Gottsrois, wird ein weiterer Pachtvertrag abgeschlossen. — Die Wirtschaft „Zum Roten Haus“ in St. Wendel ging zum Preise von 187 500 Mark in den Besitz der Frau W. Zimmer aus Winterbach über. — Der siebzehn Jahre alte Sohn Otto des Oberkriminalwachtmeisters Meinhilf in der Schillstraße zu Mal-

stadt rettete ein 4 Jahre altes Mädchen aus der Saar vom Tode des Ertrinkens. — Der 12 jährige Sohn des Eisenbahnschmieds Leismann in St. Wendel rettete das vier Jahre alte Lötterchen des Eisenbahnschmieds Weber in St. Wendel unter Einsetzung seines Lebens aus dem Toibach. — Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets spricht dem Obersekundaner der staatlichen Oberrealschule in Saarbrücken, Waldemar Köster, für das bei der Errettung des Bureaulehrlings Josef Göbel aus Sulzbach-Saar vom Tode des Ertrinkens am 25. Mai dieses Jahres an den Tag gelegte Pflichtbewußtsein und für den Mut, den er bei dieser gefahrsvollen und braven Tat gezeigt hat, seine Anerkennung aus. Der jugendliche Retter hat mit dieser Rettung seine dritte Lebensrettung Ertrinkender vollbracht.

Die Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken setzte für Gas und Wasser für die Monate August, September und Oktober folgende Preise fest: Für Gas im Stadtbezirk St. Johann 2 M. das Kubm., in den Stadtbezirken Malstatt-Burbach und Saarbrücken 2,20 M. das Kubm., und für Wasser im Stadtbezirk St. Johann 2 M. das Kubm., in den Stadtbezirken Malstatt-Burbach und Saarbrücken 2,30 M. das Kubm. Die



Herkules-Brunnen in Blieskastel.

Elektrizitätspreise erfahren ab 1. September eine Erhöhung und betragen von diesem Tage ab pro Kilowattstunde 5,50 M. für Lichtverbrauch und 4,30 M. für Kraftverbrauch. Regierungskommission und Finanzkommission haben sich die Nachprüfung dieser Preise nach dem nachweisbaren Geldbedarf der Stadt vorbehalten. — In St. Ingbert wurde der Gaspreis auf 3 M. erhöht. Mit diesem Preis marschiert St. Ingbert ziemlich an der Spitze hinsichtlich der Gaspreise im Saargebiet. — Im Kreise Saarlouis beträgt der Elektrizitätspreis für Monat August für Lichtstrom 5,10 M., für Kraftstrom 3,83 M. — Aus der Jahresrechnung der Sparkasse der Stadt Saarbrücken ist als besonders hervorzuheben, daß die Spareinlagen bei der Kasse von 46 Millionen auf rund 70 850 000 Mark gestiegen sind. Der Scheckverkehr hat ebenfalls entsprechenden Zuwachs zu verzeichnen; er ist von 7½ Millionen auf rund 12 Millionen Mark gestiegen. — Die Erhebung eines Zuschlages von 200 Prozent auf die Besitzsteuer mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab ist von der Regierungskommission verordnet worden.

Die Saarbrüder Stadtverordneten haben einen Zuschlag zu der von der Regierungskommission festgesetzten Strafenabnahmengebühr für Besitzer von Kraftfahrzeugen beschlossen.

Personalien. Das Oberversicherungsamt für die Verkehrsanstalten des Saargebietes in Saarbrücken, das kürzlich errichtet wurde, ist mit folgenden Beamten besetzt worden: Präsident Dr. Fischer als Vorstand, Regierungsrat Niedlaus als Direktor, Regierungsrat Silberkuhl und Postdirektor Münnich als Mitglieder. Als Beisitzer wurden ernannt Geheimer Regierungsrat Anton und Regierungsbaurat Schwarzer, gewählte Beisitzer sind Kesselschmid Schäfer und Dreher Seitz, letzterer in St. Wendel. — Zum Oberregierungsrat bei der Saarregierung wurde der Vorstand des Forstamtes Homburg ernannt. Er wird in seiner Eigenschaft als Referent für alle saarpfälzischen Angelegenheiten jeweils drei Tage in Saarbrücken amtieren. Für den preußisch-saarländischen Teil ist Forstmeister Terstesse in Saarbrücken zuständig. — Zum Stellvertreter im Vorsitz der Veranlagungskommission des Finanzamtsbezirks Völklingen wurde der Hüttdirektor Kipper in Völklingen durch die Regierungskommission des Saargebiets ernannt. — Die Prüfung zum Lokomotivführer haben bestanden die Lokomotivheizer Born, Hoffmann, Becker, Weisaner und Groß in Saarbrücken, Hopftäder, Lebong, Ruth, Loos, Schmidt Friedr. und Becker Joh. in Neunkirchen. — Der Verwaltungsassistent Karl Hell ist zum stellvertretenden Standesbeamten für den Bezirk Wiebelkirchen ernannt worden. — Der technische Eisenbahnsekretär Theodor Schroer aus Saarbrücken wurde einstimmig zum Gemeindebaumeister für die Gemeinden der Bürgermeisterei Schiffweiler gewählt. Der frühere Baumeister Kronenberger aus Schiffweiler war seit 1. Oktober 1919 beurlaubt und hat inzwischen Antrag auf Pensionierung gestellt. — Der bisherige Betriebsleiter der städtischen Werke in Homburg, Herr Steeg übernimmt ab 1. Oktober die Direktion der Vogelsangischen Werke in Homburg. — Kaplan Juncker in Saarbrücken wurde als Vikar nach Stennweiler versetzt. — Ihr 25jähriges Lehrerjubiläum begingen die Tage mit anderen Kollegen Hauptlehrer Jakob Felder in Mittelbernbach, August Rüb in Altstadt und Hermann Schmidt in Kirch Neuhausen. Im ganzen konnten 31 Herren dieses Fest feiern. — Sein 25jähriges Jubiläum feierte der Kassierer bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Saarbrücken, Ernst Liebling. — Der altebekannte Kaufmann Ferdinand Garell in Saarbrücken feierte in diesen Tagen seinen 91. Geburtstag, Frau Wwe. Seitz in Saarbrücken 3, Rosenstraße, ihren 94. Geburtstag. — Der Chorleiter des Männergesangsvereins und Bergmusiker Johann Schäfer in Güthenbach ist gestorben.

Todesfälle. Frau Elisabeth Kohl, geb. Maus, 73 Jahre; Fräulein Julianne Gillen, 25 Jahre; Eisenbahn-Pensionär Johann Proeschel, 79 Jahre; Frau Wwe. Anton Bender, Luise, geb. Leinhard, 77 Jahre; Heinrich Ganster, 38 Jahre; Frau Lina Schäfer, geb. Albrecht, 56 Jahre; Unternehmer Jakob Horisch, 47 Jahre; Frau Wwe. Maria Dorothea Jung, geb. Ernst, 65 Jahre; Frau Katharina Gemmel, geb. Wagner, 72 Jahre; Heinrich Lenaert, 29 Jahre; Fr. Lina Schmidtke, 64 Jahre; Fr. Alma Klein, 25 Jahre; Posthalter Gustav Huber; Lokomotivführer a. D. Jakob Fink, 68 Jahre; Fritz Bohrer, 38 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Franz Rasgau, 50 Jahre, in Luisenthal. — Pfarrer Roschack in Gersweiler (Saar). — Wwe. Johann Heck, Katharina geb. Holzer, 67 Jahre, in Ottenhausen. — Aderer Karl Müller, 56 Jahre, in Bischmisheim. — Mittämpfer von 1870/71 Johann Andreas Gräser, 74 Jahre, in Herrensohr. — Grubenwächter a. D. Wilhelm David, 76 Jahre, in Sulzbach (Saar). — Karl Peter Lengler, 49 Jahre, in Bon der Heydt. — Peter Scholtes, 51 Jahre, in Völklingen. — Frau Anna Dreher, geb. Haase, 49 Jahre, in Völklingen. — Heinr. Hauptmann, 20 Jahre, in Wehrden. — Frau Margarete Seibel, geb.

Breitenbach, 36 Jahre; in Geislautern. — Johann Schäfer, 37 Jahre, in Güthenbach. — Johanna Becker, 22 Jahre, in Neunkirchen. — Frau Wwe. Joh. Wilh. Eisenbeis, Wilhelmine geb. Schmidt, in Wellesweiler. — Gastwirt und Gemeindvorsteher Peter Bourguignon, 65 Jahre, in Tholey. — Pens. Bergmann und Wirt Adam Groß in Saarlouis. — Frau Wwe. Lehrer Effelsberger, geb. Blandin, 69 Jahre, in Geislautern. — Polizeiwachtmeister a. D. Franz Menzel, 65 Jahre, in Wallerfangen. — Fr. Anna Antonie Ladewein, 25 Jahre, in Wallerfangen. — Julius Kemper-Merzig. — Ernst Emmerich, 78 Jahre, in Mettlach. — Max Salmon I., genannt Fürst, 65 Jahre, in Homburg. — Elisabeth Ganster, geb. Brendel, 75 Jahre, in Sinnerthal. — Frau Charlotte Schmitt, geb. Strack, 60 Jahre, in Miesau-Kaiserslautern. — Josef Schmidt, 78 Jahre, in Euskirchen-Merzig. — Johanna Striebeck, geb. Kalk, 76 Jahre, in Aachen-Saarbrücken.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Kohlenförderung im Juli.

Die Förderung der Saarbergwerke betrug im Monat Juli 889 656 Tonnen gegenüber 850 269 Tonnen im Juni, 757 452 Tonnen im Mai. Die Halbenvorräte am Ende des Monats werden mit 242 165 Tonnen beziffert gegenüber 467 655 Tonnen zu Ende April.

Gründung einer Saarknappshäftsberufsgenossenschaft.

Die Regierungskommission hat nach einer Veröffentlichung im Amtsblatt die in der ordentlichen Generalversammlung von Vertretern der Gruben im Saargebiet am 25. Juni d. J. beschlossene Errichtung der Saarknappshäftsberufsgenossenschaft genehmigt; sie hat ihren Sitz in Saarbrücken. Sie ist Trägerin der Unfallversicherung im Sinne der Reichsversicherungsordnung für alle Betriebsunfälle, die sich auf den im Saargebiet befindlichen Kohlengruben, sowie bei sämtlichen hierzu gehörigen Nebenbetrieben ereignen. Mit dieser Verordnung wird der Unfallausschuß der Saargruben, dessen Einrichtung von den saardeutschen Bergarbeiterorganisationen als ungesetzlich bezeichnet wurde, zu Grabe getragen.

Statistisches Material über die Arbeitsverhältnisse im Saargebiet.

Über die Arbeitsverhältnisse auf den Saargruben wird folgendes amtliche statistische Material veröffentlicht:

| I. Eingetragene Arbeiterzahl Ende März 1921 (ohne Frankenholz): | |
|---|--|
| a) Unter Tage | 50 480 |
| b) über Tage einschl. Anlagen | 18 515 |
| II. Anzahl der verfahrenen Schichten: | |
| 1. Kohlengewinnung a) unter Tage | 3 099 228 |
| " " b) über Tage | 1 036 167 |
| " " c) zusammen | 4 162 395 |
| 2. Anlagen (Rokerei, Hafenanamt, Faktorei usw.) | 103 628 |
| 3. Vorrichtungs- und Neuarbeiten | |
| a) unter Tage | 8 084 |
| b) über Tage | 20 120 |
| | Gesamtsumme: 4 294 227 |
| III. Zahl der Unfallverletzen: | |
| 1. Tödliche Unfälle a) unter Tage | 11 |
| b) über Tage | |
| 2. Unfälle, die mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten | |
| unter Tage | 147 |
| über Tage | 24 |
| IV. Durchschnittliche Schichtlöhne (Abzüge sind noch darin enthalten): | |
| | ohne Familienzulagen mit Familienzulagen |
| | Frc. Frc. |
| a) Vollhauer im Gedinge | 23,05 25,77 |
| b) Durchschnitt aller Arbeiten | |
| unter Tage | 20,47 22,42 |
| c) Durchschnitt aller Arbeiten | |
| über Tage (einschl. die Anlagen) | 19,45 21,25 |
| Der durchschnittliche Betrag der Abzüge für eine Schicht betrug 0,48 M. | |
| Verkaufsagenturen für Saar Kohle in Frankreich. | |
| Die Verwaltung der Saarbergwerke hat eine Reihe von Verkaufsagenturen in Frankreich errichtet, und zwar in Paris, Straßburg, Nancy, Belfort, Rennes, Lyon, außerdem Unteragenturen für Belgien und Holland in Charleroi (mit Filiale in Antwerpen) und Lüttich. | |

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Bund Saar-Verein, Ortsgruppe Halle. Eine großartige Kundgebung zur Deutschen Haltung des Saargebietes hat der Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Halle, am 6. d. Mts. im großen Saal des städt. Schützenhauses in Halle veranstaltet. Obwohl die Ortsgruppe Halle erst seit etwa einem Jahr besteht, hat sie dank der rührigen Tätigkeit des Vorstandes, besonders der Herren Schumacher und Trop, eine so gute Entwicklung genommen, daß diese Saarkundgebung einen außerordentlich starken und stattlichen Besuch der gesamten Bürgerschaft Halle aufzuweisen hatte. Sowohl die Staats- und Kommunalbehörden als auch zahlreiche Vereine und Körperschaften hatten zu der Veranstaltung besondere Vertreter entsandt und auch die Presse von Halle war fast vollzählig vertreten. Die Vortragsfolge war in einer der deutschen Saargebietssache würdigen Weise aufgestellt und wurde mit der von Lassenschen Festouvertüre eröffnet. Der Männerchor „Liedertafel“ trug dann unter der Leitung des Liedermasters Hermann Schulze wunderschöne deutsche Lieder vor, u. a. auch das bekannte Saarlied von Hans Siebold, dem ehemaligen Musikmeister des Saarbrücker 8. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 70. In der Begrüßungsansprache gab das Vorstandsmitglied, Herr Schumacher, seiner aufrichtigen Freude darüber Ausdruck, daß der außerordentlich starke Besuch der Veranstaltung ein Beweis dafür sei, daß man nunmehr auch in Halle den schweren Leiden und den harten Bedrückungen des treudeutschen Saarvolkes das Interesse entgegenbringe, welches unbedingt notwendig sei, um aus dem nichtbesetzten deutschen Vaterlande dem Saargebiet die Hilfe zuteil werden lassen zu können, die es unbedingt notwendig habe. Herr Redakteur Karl Ollmert in Fulda hielt dann einen Vortrag über „Die Absichten und Aussichten der Franzosen im Saargebiet“, in welchem er auf die jahrhundertelangen Bemühungen der Franzosen, das deutsche Saargebiet in französischen Besitz zu bekommen, hinwies und in dem er in eingehender Weise auf die Vorfriedensverhandlungen in Versailles zu sprechen kam, um die Irreführungsversuche, Lügen und Fälschungen zu brandmarken, welche damals angewandt worden seien, um Wilson und Lloyd George, welche sich grundsätzlich gegen eine Annexion des Saargebietes ausgesprochen hatten, zum Umschwung zu bringen. Durch die Enthüllungen des französischen Staatsmannes Tardieu wisse man heute, auf welch infame Weise es Frankreich gelungen sei, einen rein deutschen Volksteil und das rein deutsche Saargebiet entgegen dem internationalen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts aller Völker auf fünfzehn Jahre in politische und wirtschaftliche Sklaverei zu bringen. Der schließlich zustande gekommene Kompromiß, dem Wilson und mit ihm die hohen Ideale von der Völkerbefreiung und Völkerversöhnung tatsächlich zum Opfer gefallen seien, der dem Saargebiet seine Freiheit genommen und es in die Sklaverei verkauft habe, sei nur auf Grund unerhörter Lügen zustande gekommen. Redner schilderte sodann eingehend die Lügen, mit denen die Franzosen operiert haben, indem er besonders auf die gefälschte „Saarländeradresse“ an Poincaré zu sprechen kam. Hierauf ging er auf die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages näher ein, indem er besonders auf die Abtretung und Ausbeutung der Saargruben durch die Franzosen hinwies und die Völkerbundsregierung des Saargebietes in der richtigen Weise kennzeichnete. Die Haltung der Franzosen im Saargebiet, die militärischen Maßnahmen und die Anwendung unerhörter politischer und wirtschaftlicher Druckmittel führte er in beredter Weise vor und kritisierte in unnachlässlicher, aber gerechter Weise die Täkfeit der Saarregierung, die weiter nichts als die größte Begünstigung aller französischen Bestrebungen darstelle. Die Bedeutung des Saargebietes für Deutschland beleuchtete er in wirtschaftlicher, kultureller und politisch völkischer Beziehung so, daß alle Zuhörer die weitestgehende Aufklärung darüber erfuhrten. Zum Schlusse kam er auf den Abwehrkampf der Bevölkerung zu sprechen, indem er zunächst die Haltung der Bevölkerung im allgemeinen sowie die Haltung der in Frage kommenden Stände und Organisationen eingehend darlegte. Was das unbesezte Gebiet und was die zuständigen Reichs- und Landesstellen dafür unbedingt tun müßten, waren weitere Betrachtungen, die er in seiner Rede anstellte. Wenn Redner auch die dem Saargebiet durch die ungeheuerliche französische Propaganda und die rücksichtslos durchgeföhrten französisierungsversuche entstandene Gefahr durchaus nicht verkennt, so bezeichnete er die Aussicht auf eine erfolgreiche Durchführung des Abwehrkampfes doch in jeder Beziehung als durchaus zuversichtlich. Stürmisches Beifall lohnte Herrn Ollmert für seine fast 1½ stündigen Ausführungen, denen die stattliche Zuhörerschaft mit sichtlichem Interesse gefolgt war. Hierauf empfahl der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Herr Verwaltungsdirektor Vogel, der unter dem

tiefen Eindruck der Ausführungen des Redners stehenden Zuhörerschaft die Annahme nachstehender Entschließung, mit der Versicherung, daß das treudeutsche Saarvolk mit Freude und Dank diese treudeutsche Kundgebung entgegennehmen werde. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die zur heutigen Kundgebung zur Deutschen Haltung des Saargebietes in Halle versammelten deutschen Männer und Frauen gedenken ihrer Brüder und Schwestern im Saargebiet in dankbarer Anerkennung ihrer treudeutschen Haltung trotz politischer und wirtschaftlicher Bedrückungen durch die französischen Machthaber.“

Vor der ganzen Welt muß festgestellt werden:

- I. daß das Schicksal des Saargebietes auf der Pariser Friedenskonferenz durch die bewußt unwahre Behauptung Clemenceaus, im Saargebiet wünschten 150 000 Franzosen den Anschluß an Frankreich, entschieden wurde. Tatsache ist, daß vor der Besetzung keine 50 National-Franzosen an der Saar wohnten;
- II. daß auf die falschen Behauptungen Clemenceaus hin die Pariser Friedenskonferenz für das Saargebiet eine vom Völkerbund zu bestimmende Kommission vorsah, die das Saargebiet zu treuen Händen verwalten und die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung an der Saar sicherstellen sollte;
- III. daß diese Kommission, die Saarregierung, sich unter dem beherrschenden französischen Einfluß ihres Präsidenten Rault in keiner Weise an ihre Aufgaben und an ihre Anweisungen gehalten hat. Ihre einundhalbjährige Tätigkeit stellt eine fortgesetzte Verlezung der Bestimmungen des Saarabkommens dar.“

Als solche seien hier u. a. aufgeführt:

1. Versuch zur Schaffung des „Saarstaates“ unter völliger Abtretung vom deutschen Mutterlande;
2. Beibehaltung der französischen Besatzungstruppen und Verwendung französischer Gendarmerie im Saargebiet;
3. Beibehaltung der französischen Kriegsgerichte und Aburteilung von deutschen Zivilpersonen;
4. Ausweisung von deutschen Saargebietbewohnern aus ihrer Heimat;
5. Abänderung der deutschen Staatsangehörigkeit der deutschen Saargebietbewohner durch Schaffung des Begriffs „Saareinwohner“;
6. Abänderung der deutschen Justizgesetze;
7. Verdrängung der Marktwährung durch Begünstigung und zwangsweise Einführung der Frankenwährung;
8. Begünstigung der französischen Propaganda jeglicher Art im Saargebiet.“

Diese Verleuzungen des Friedensabkommens von Versailles laufen durchaus parallel mit den Annexionsabsichten Frankreichs im Saargebiet. Die Regierungskommission erklärt sich somit als Organ der französischen Politik, die jede Kulturverbindung der deutschen Saarbewohner mit ihrem Mutterlande als staatsgefährlich unterbindet.

Gegen diesen offensiven Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich des Saargebietes durch die Saarregierung muß schärfster Protest erhoben werden. Die Reichsregierung muß gegen die Nichtachtung der der Saarbevölkerung im Saarbeckenabkommen ausdrücklich zugesagten „Sicherung ihrer Rechte und ihrer Wohlfahrt“ durch die Saarregierung und gegen den Versuch dieser Völkerbundskommission, das Saargebiet im französischen Sinne zu verwalten und damit die Abstimmung zugunsten Frankreichs nach 15 Jahren zu beeinflussen, mit allen Mitteln Einspruch erheben.

Sämtliche politische Parteien unseres Vaterlandes werden gebeten, allen Parteihader schweigen zu lassen, wenn es gilt, für die nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Brüder und Schwestern in den besetzten und bedrohten Gebieten einzutreten. Den deutschen Parteien und der deutschen Presse aber sei die dringende Mahnung zugerufen: „Vergeht nie und nimmer das deutsche Saargebiet und die treuen Saardeutschen!“

Mit großer Begeisterung stimmte die imposante Versammlung dieser Entschließung zu. Die ernste Stimmung der Versammlung wurde noch erhöht durch den Vortrag des städt. Theaterorchesters „Aufzug der Meister auf der Festwiese“ aus den Meistersingen von Richard Wagner. Nach dem Vortrage schöner Heimatslieder durch den Männerchor „Liedertafel“ ergriff dann der frühere preußische Abgeordnete des Saargebietes, Herr Karl Ollmert, das Wort, um den „Kampf um die deutsche Westmark“ in lebendigen deutschen Worten zu schildern. Seine Worte stellten einen warmen Appell an das gesamte deutsche Volk dar, doch endlich jeglichen Parteihader beiseite zu lassen und wie unsere Vorfahren und Väter in Liebe und Verehrung für das deutsche Vaterland angesichts der uns durch die Feinde auferlegten schweren Bedrückung in Einigkeit zu-

sammenzustehen. Er schloß mit dem Sängergruß der Saarbrücker Sänger:

Frisch unserer Wälder Grün,
Hell unseres Weines Glühn.
Fest unserer Berge Era,
Deutsch unser Lied,
Deutsch unser Herz!

Nach einem weiteren Musikvortrag sprach dann der Leiter der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Vogel, das Schlusswort, indem er allen Erschienenen und allen Mitwirkenden, besonders aber den Vertretern der Presse von Halle aufrichtigen Dank aussprach und an die letzteren die Bitte richtete, in ihren Zeitungen doch jederzeit die Interessen des treudeutschen Saarvolkes mit aller Kraft vertreten zu wollen. Er betonte nochmals, daß gerade das treudeutsche Saarvolk durch seine glänzende geschichtliche Vergangenheit, in der es sich in guten und bösen Tagen immer als echt deutsch und freivaterländisch gesinnt bewiesen habe, dieser Anteilnahme unter allen Umständen würdig sei. Er erinnerte an all das, was das treudeutsche Saarvolk in all den Jahrhunderten seiner Geschichte durchgemacht habe, an seine patriotische Haltung im Kriege 1870/71 und in dem Weltkriege, in dem es durch die unzähligen Fliegerangriffe mehr als irgendein Volksteil des Deutschen Reiches zu leiden gehabt habe, an seine echt deutsche Haltung gelegentlich des Abschiedes beim Durchzug unserer braven feldgrauen Truppen und an seine korrekte Haltung, die es beim Einzug der Franzosen bewiesen habe. Unser Land an der Saar ist schön, so führt der Redner aus, unsere Heimat ist der Wald, der deutsche Eichen- und Buchenwald, der das Saargebiet mit seinen Höhen und Tälern umschließt. Die Saar grünen zahlreiche schöne Städte und Dörfer mit alter, sagenumwobener geschichtlicher Vergangenheit, Wahrzeichen aus großer Zeit, Stätten der Weihe und unvergänglicher Erinnerungen. Das Saarland sei aber auch ein reiches Land, denn sein größter Reichtum seien seine Bewohner, die mit Recht die treuesten Söhne des deutschen Vaterlandes genannt werden dürfen. Unser Saarland ist ein deutsches Land, nach Geschichte und Kultur, deutsch die Bevölkerung, deutsch ihre Sprache, deutsch ihr Denken, deutsch ihr Fühlen, deutsch ihre Arbeit und ihre Werke, deutsch aber auch ihr heikes Sehnen nach dem großen Vaterland. Wenn heute Trauer die Saarbevölkerung erfülle, so sei es aber nicht die Trauer um das eigene Leid, sondern es sei der Schmerz um das große deutsche Leid, welches nur gelindert und behoben werden könnte, wenn der Mahnung der Vorredner zur Einigkeit und Einmütigkeit im deutschen Volk selbst Rechnung getragen werde. Dass die Saarbevölkerung trotz aller Verlockungen und Bedrückungen, wie sie es so oft und feierlich zum Ausdruck gebracht habe, deutsch sei und deutsch bleiben wolle, dafür könne er die feierlichste Versicherung abgeben. Die patriotische Gesinnung sei der Saarbevölkerung eingepflanzt und durch die vaterländische Erziehung der Jugend, und für die Saarbevölkerung sei das alljährlich am 6. August im Saarbrücker Ehrental am Fuße der Spicherer Höhen und an den Heldengräbern der dort zur letzten Ruhe gebetteten Krieger abgelegte Gelöbnis auch heute noch heilig, unentwegt und mutig werde sie ihrem Mutterlande die alte Treue wahren, denn das Saargebiet sei deutsch und werde immer deutsch bleiben. Auch diesen Worten folgte begeisterter Beifall, dem die stattliche Versammlung dadurch Ausdruck gab, dass sie sich von den Plätzen erhob und das Lied anstimmte: „Ich hab' mich ergeben, mit Herz und mit Hand“. Der Huldigungsmarsch von Richard Wagner gab dieser wundervollen Saarkundgebung einen weithvollen Abschluss, so dass die Ortsgruppe Halle diese Veranstaltung mit Stolz als einen großen Erfolg buchen kann. Möge diese Saarkundgebung unseren deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar ein weiterer Beweis dafür sein, dass das deutsche Saargebiet und die treuen Saardeutschen in unserem deutschen Vaterlande nie und nimmer vergessen werden.

■ Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Berlin, hielt am Dienstag, dem 30. August, in den oberen Räumen des Löwenbräu-Ausschankes, am Nollendorfplatz, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst der Schriftführer einen kurzen Geschäftsbericht erstattete. Sodann wurde beschlossen, die bisherige Bezeichnung „Saarländervereinigung in Berlin“ abzuändern auf Grund eines Beschlusses der Kasseler Tagung des Bundes „Saar-Verein“ in „Bund Saar-Verein Ortsgruppe Berlin“. Die dadurch notwendig gewordenen Änderungen der Satzungen, sowie die Änderung derselben auf Grund des in der am 12. 3. 21 statutgehabten Jahresmitgliederversammlung gefassten Beschlusses bezüglich Verlegung der alljährlichen Mitgliederversammlung in das 1. Viertel des Geschäftsjahres wurden einstimmig angenommen. Einstimmige

Annahme fand ferner der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Jahresbeitrages von M. 10 auf M. 20, nachdem der Leiter der Versammlung, der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin, Herr Direktor Fett, in beredter Weise dargelegt hatte, wie durch die allgemeine Geldentwertung der Jahresbeitrag zu den notwendigen Aufwendungen der Ortsgruppe in keinem Verhältnis mehr stünde. Die Erhöhung begründete er aber ganz besonders damit, dass vom 1. 1. 22 ab allen Mitgliedern der Ortsgruppe Berlin infolge des erhöhten Jahresbeitrages der „Saar-Freund“ regelmäßig unentgeltlich zugestellt werden würde. Recht erfreulich war es, dass die Versammlung diesen Darlegungen volles Verständnis entgegenbrachte und ihre einhellige Zustimmung erteilte. Nach Erledigung der Tagesordnung verblieb die Versammlung bei anregender Unterhaltung noch lange zusammen. Besonderen Dank stellte man einem Saarbrücker Landsmann ab, der zufällig in Berlin anwesend war, und der es als „Saarbrügger“ ganz vorzüglich verstand, ein Bild über die Stimmung und die ganzen Verhältnisse im Saargebiet in hochinteressanter Weise zu entrollen. Von seinen Ausführungen ist besonders schmerzlich die Feststellung, dass in dem treudeutschen Saarvolk, welches in seiner überwiegenden Mehrheit unbedingt am Mutterland Preußen-Deutschland festhalten wird, wenn auch nur wenige, so aber doch außerordentlich erbärmliche Subjekte sich finden, die in der verwerflichsten und nichtsahnigsten Weise dem Deutschtum durch Verrat deutscher Brüder und Schweister an die Franzosen in ungeheuerlicher Weise schaden. Selbstverständlich haben die Franzosen für solche Kreaturen nur Worte der Verachtung übrig, wenn sie auch derzeitig ihre Dienste im Interesse ihrer Französischversuche gern annehmen. So hätten höhere französische Offiziere sich ganz offen dahin ausgesprochen, dass auch sie die Ausweisung manches braven deutschen Mannes auf das tiefste beklagen müssen, dass diese Ausweisungen aber lediglich zurückzuführen seien auf unverantwortliche Anzeigen leichtscheuer deutscher Elemente! Auch noch viele andere Erzählungen dieses Redners entwarfen ein recht trauriges Bild von der Gesinnungslosigkeit einzelner sich immer noch deutsch nennender Männer. Dieses Bild darf unter keinen Umständen das wahre Gesicht der Saargebietbewohner verwischen, und es ist uns deshalb eine Genugtuung, immer wieder feststellen zu dürfen, dass es sich in solchen Fällen selbstverständlich nur um Verfehlungen vereinzelter Menschen handelt, die überhaupt nicht würdig sind, deutsch genannt zu werden. So wohl der Saarbrücker Landsmann als auch andere Mitglieder des Vereins trugen dann durch Erzählungen alter Saarbrücker Schnurren, zum Teil in Saarbrücker Mundart, zur Unterhaltung so bei, dass der Verlauf des Abends in der Tat in jeder Beziehung als voll gelungen bezeichnet werden darf. Die erschienenen Mitglieder haben selten einen so schönen und anregenden Abend verlebt wie diesen.

■ Saarbrücker Nationaltag im Saarverein Ortsgruppe Heidelberg. Am 5. August feierte die Ortsgruppe Heidelberg in Anwesenheit vieler Gäste aus der Saarheimat den Saarbrücker Nationaltag. Der Vors., Ingenieur Woll, wies auf die Bedeutung des Tages hin und gedachte besonders der Braven von Spichern und des Ehrenthals. Er schloss mit den Worten: „Deutsch ist unsere Heimat und soll sie ewig bleiben.“ Bei dem darauffolgenden Lied: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ und dem Deutschland- und Preußenlied gedachte so mancher der großen Erinnerungstage, die man einst im schönen Saargebiet als freie Deutsche feiern durfte.

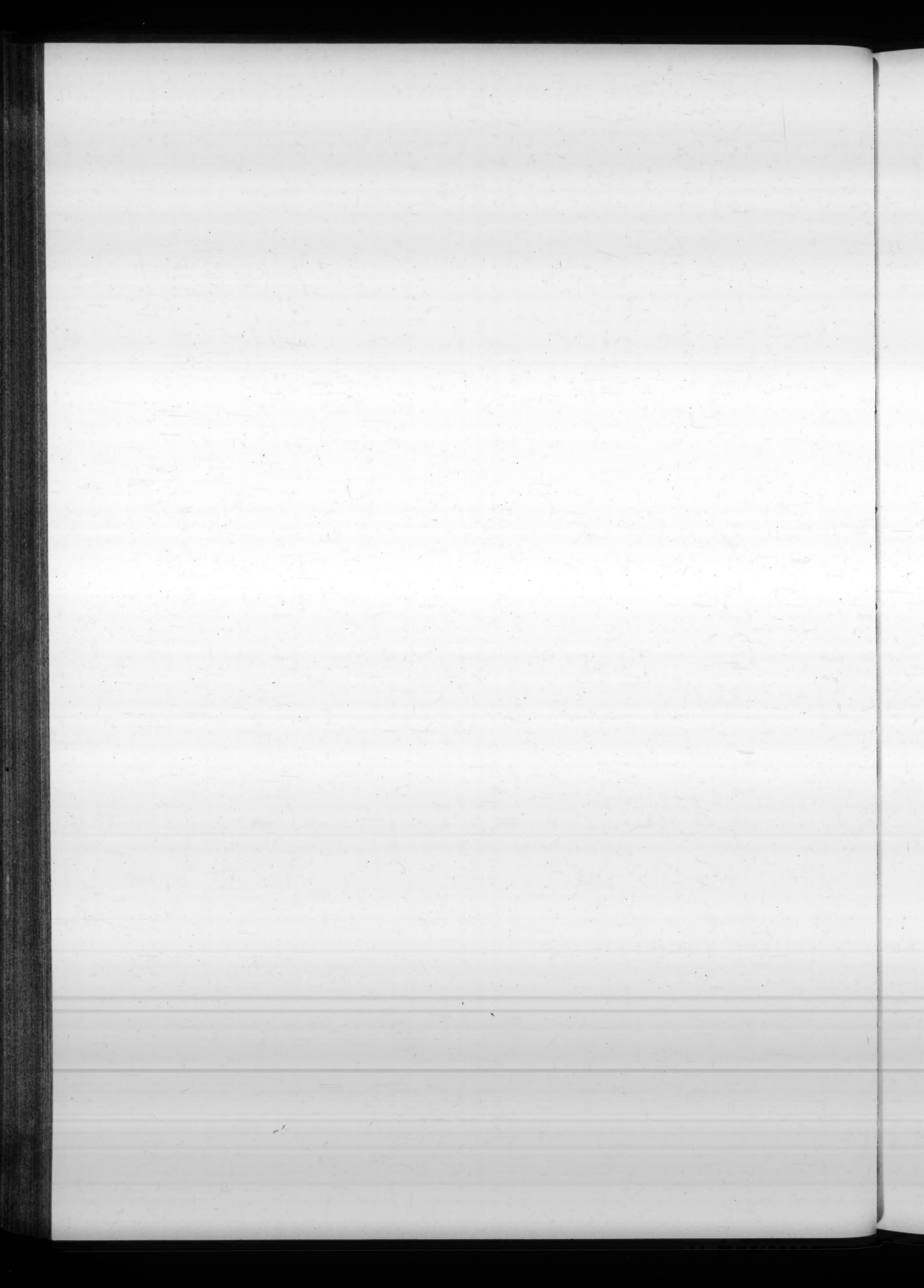
Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

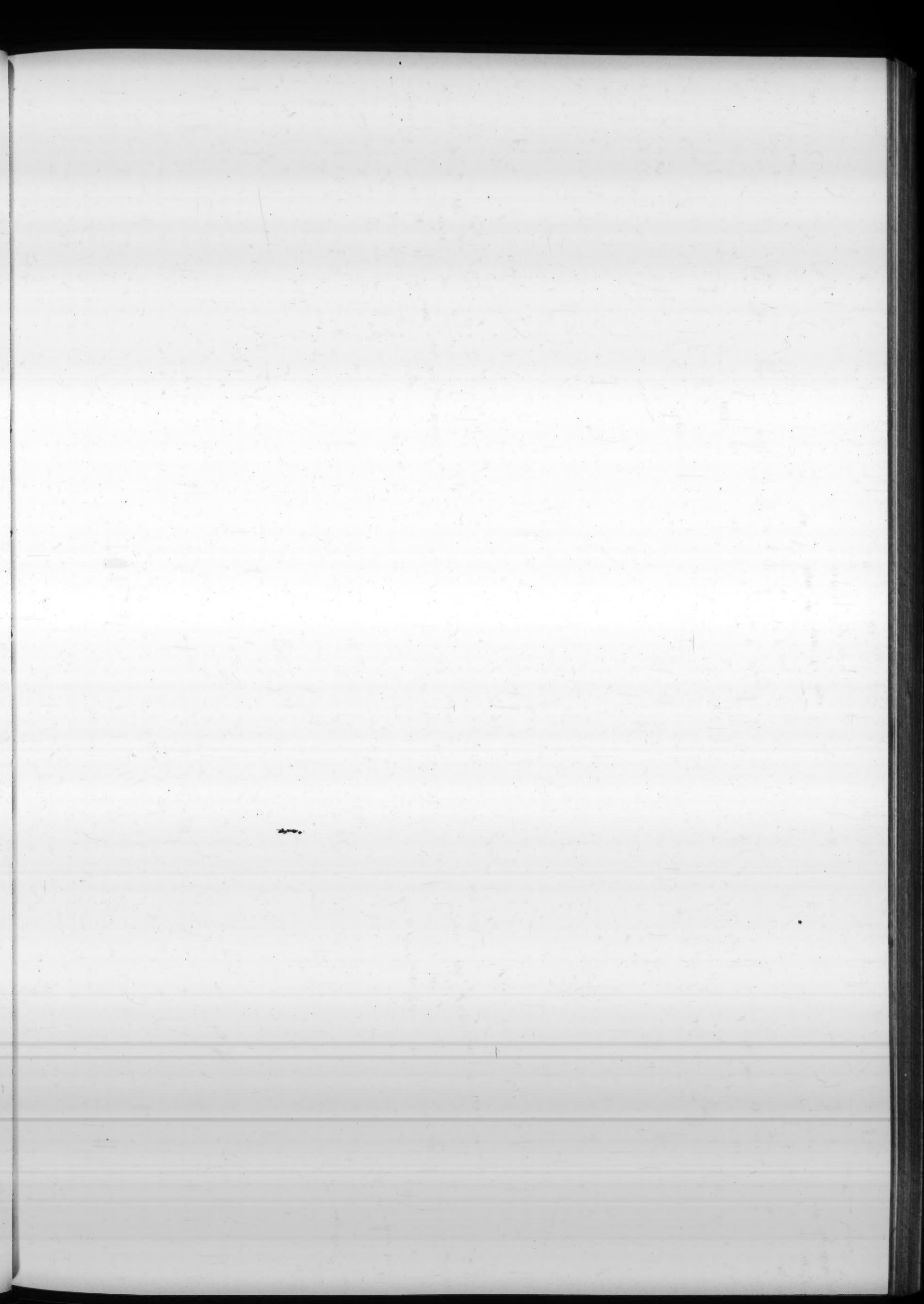
Es ist kein Wunder, dass sich mir allem Manne das Herz im Leibe herumdreht, wenn ich die . . . Marokkanergestalten durch unsere Stadt wandern sehe. Und dabei hat die Gesellschaft nicht das geringste Recht, sich im Saargebiet aufzuhalten und hier uns unser schönes, 20klassiges Schulhaus (in Neunkirchen, D. R.) zu okkupieren, während unsere Kinder in Wirtshäusern usw. unterrichtet werden müssen, trotzdem wir die vom Böllerbund eingesetzte, mit Beamten zahlreich ausgestatteten Regierung haben. Früher war die Verwaltung einfach und billig, hatte aber den Vorzug, dass sie klappte. Die Saarregierung ist vollkommen überflüssig und nur da, um das Ländchen zur Einverleibung in Frankreich vorzubereiten.

Die technische Herstellung der Nummer 18 des „Saarfreund“ hat sich wegen des Streiks in den Berliner Elektricitätswerken um einige Tage verzögert.

Der Verlag.







Ma
der
Gru
drü
K r
zwa
De
sein
Sch
gier
ihm
Ver
Es
unt
z w
All
den
hat
Pr
o h
par
gel
fein
fran
Der
Un

ma
hat
der
Na
nie
trit
sier
und
zuse
de
e i
ten
Me
ref
auf
hal
auf
dar
deu
se i
u n

dar
Re
kon
ist